

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund

Kommunalwahlprogramm 2004

Das Wahlprogramm wurde auf der Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Dortmund am 27./28. März 2004 beschlossen.

Herausgeberin:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Dortmund

Ruhrallee 44

44139 Dortmund

Tel.: 0231 / 12 11 71

Fax: 0231 / 12 11 64

E-Mail: kv.dortmund@gruene.de

Internet: www.gruene-dortmund.de

Lektorat, Satz & Layout:

Renate Gaßmann & Uwe Rothe, Dortmund

Druck: Vario, Dortmund

Juni 2004

INHALT

DORTMUND BRAUCHT MEHR GRÜN!

Für eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Politik;
für eine lebens- und liebenswerte Stadt5

ARBEIT, WIRTSCHAFT, FINANZEN

1. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.....	8
Kommunale Wirtschaftsförderung erhalten	
Nachhaltiges Wirtschaften fördern	
Mehr Ausbildungsplätze schaffen	
2. Konzern Stadt Dortmund.....	10
Kompetente Unternehmensstrategien entwickeln	
3. Städtische Haushaltspolitik.....	16
Maßnahmen zur Haushaltsentlastung	

SOZIALES, KINDER & JUGEND, KULTUR & SPORT

1. Sozialpolitik.....	21
Eine Agenda für soziale Gerechtigkeit und mehr Solidarität	
2. Kinder- und Jugendpolitik.....	27
Bewegen, fördern, beteiligen	
3. Schulpolitik.....	32
Eine Schule für Alle	
Ganztagsgrundschule – qualitativ und bedarfsgerecht	
Neue Konzepte für Sekundarstufe II und Berufskollegs	
4. Kultur.....	35
Freie Szene fördern	
Museen vernetzen	
5. Sport.....	36
Breitensport fördern	

UMWELT, STADTENTWICKLUNG, VERKEHR

1. Natur- und Klimaschutz in Dortmund.....	38
Gesunde Luft atmen	
Alles Müll oder was?	
Einsatz regenerativer Energien forcieren	
2. Wohnen.....	43
Sparsamer Flächenverbrauch	
Vielfalt der Wohnformen	
Wohnungsbestand optimieren	
3. Stadtentwicklung.....	47
Innenstadt beleben	
Hauptbahnhof ja – aber kein Einkaufszentrum mit Gleisanschluss	
Stadtteile stärken	
Verträgliche Wirtschaftsflächen entwickeln	
Phoenix-Gelände als ökologischer Stadtteil	
Willkommen im Regionalverband Ruhr	
4. Verkehr.....	52
Die Straße gehört allen	
Radwegenetz optimieren und erweitern	
Lebensraum Straße: nicht allein zum Fahren da	
Mobil mit Bus und Bahn	
Bisher eine Vision: integrierte Bahnnetze	

DEMOKRATISCHES DORTMUND

1. BürgerInnenbeteiligung.....	59
BürgerInnenbeteiligung an den Haushaltsplanungen	
Lokale Agenda 21	
2. Emanzipation, Mit- und Selbstbestimmung.....	63
Gleichstellung von Frauen und Männern	
Homosexuelle Identität schützen & stützen	
Migration: wenn Fremde Freunde werden	
3. Für Menschenrechte und Gewaltfreiheit.....	68
Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus	
Präventions- und Hilfsangebote erweitern	

DORTMUND BRAUCHT MEHR GRÜN!

**Für eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Politik;
für eine lebens- und lebenswerte Stadt**

Seit 25 Jahren engagieren sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN für und in Dortmund; seit 20 Jahren sind sie ununterbrochen im Rat. Dahinter steht **eine aktive, konstruktive und stets kritische Politik mit eigenen Zielen und Visionen.**

In den vergangenen fünf Jahren haben wir, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, sachbezogen, mit wechselnden Mehrheiten im Rat, Projekte in unserem Sinne entschieden, verkrustete Strukturen aufgebrochen und eine transparente und bürgernahe Politik betrieben. Wir haben die politischen Spielräume, die sich durch die Patt-Situation von SPD und CDU im Rat ergaben, genutzt, um **Perspektiven für eine nachhaltige Stadtentwicklung** zu eröffnen, Kurskorrekturen vorzunehmen und wichtige GRÜNE Projekte zu realisieren.

Der Erhalt von Horten und kleinen Grundschulen, die Forcierung der Schulraumsanierung, die Reduzierung von Wohnungsbau- und Wirtschaftsflächen, der Erhalt des Südbads und des stadtbildprägenden „U“, die Einrichtung des Drogendruckraumes und die stärkere Fokussierung auf die Stadtteile tragen eindeutig eine GRÜNE Handschrift.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine bürgerInnennahe, zukunftsorientierte Politik und treten in Dortmund ein:

- für eine lebenswerte Stadt für alle Menschen, für Alte und Junge, Starke und Schwache,
- für eine Stadt mit hoher Lebensqualität, d.h. für saubere Luft, Ruhe, Naherholungsmöglichkeiten, Frei- und Bewegungsräume, Kultur- und Freizeitangebote für Groß und Klein, für Familien und Singles,
- für Transparenz und eine starke BürgerInnenbeteiligung in der Kommunalpolitik, um demokratische Mitbestimmung zu stärken,

- für eine aktive Integrationspolitik in gegenseitiger Achtung vor anderen Religionen und Kulturen,
- für den Erhalt kommunaler Dienstleistungen für alle BürgerInnen und gegen die Privatisierung kommunaler Versorgungseinrichtungen,
- für eine solide Finanzpolitik, die sich auch in Zeiten leerer Kassen nicht auf Leuchtturm- und Prestigeprojekte einlässt, sondern die wesentlichen Aufgaben der Stadt und die Anliegen ihrer BürgerInnen im Auge behält.

Wir wollen unser Wahlergebnis von 1999 (9,9%) deutlich steigern, um im Rat und in den Bezirksvertretungen eine stabile Basis zu haben. Mit einem breiten Votum der WählerInnen sind wir gut gerüstet, als starke dritte Kraft eine stabile Arbeitsgrundlage mit denjenigen Kräften im Rat einzugehen, die bereit sind, eine nachhaltige, zukunftsorientierte Politik in Dortmund zu betreiben.

Ein starkes Votum für GRÜN ist gleichzeitig ein **Votum für mehr Demokratie** in unserer Stadt.



Die vergangenen fünf Jahre haben zudem die wichtige Position des Oberbürgermeisters deutlich gemacht. Zukünftig darf es allerdings nicht mehr geschehen, dass ein Oberbürgermeister versucht, mit den GRÜNEN vereinbarte Anträge im Rat auszuhebeln – wie z.B. 2004 hinsichtlich des Flächennutzungsplans oder der Städtischen Kliniken. Deshalb ist es ein wichtiges Ziel von Bündnis 90/DIE GRÜNEN durch unsere GRÜNE Oberbürgermeister-Kandidatin **Daniela Schneckeburger** zumindest eine Stichwahl zu erzwingen. Damit wollen wir auch erreichen, dass Dortmunds OB einerseits stärker an den Rat,

andererseits an Absprachen mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN gebunden wird.

Mit Ihrer Stimme – für unsere OB-Kandidatin Daniela Schneckenburger und für Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat und in den Bezirksvertretungen – unterstützen Sie GRÜNE Politik, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen aller DortmunderInnen orientiert.

Wählen Sie GRÜN!

Denn GRÜN wirkt! Auch in unserer Stadt!

ARBEIT, WIRTSCHAFT, FINANZEN

1. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

Die Massenarbeitslosigkeit verharrt nicht nur in Dortmund trotz intensiver kommunaler Anstrengungen zur Wirtschaftsförderung auf inakzeptabel hohem Niveau von offiziell ca. 15% (ca. 40.000 Arbeitslose). Dies ist nicht verwunderlich, bedenkt man, dass der radikale Rückzug von Thyssen-Krupp unter den schlechten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen tiefe Spuren hinterlässt. Die ab 2006 sich ändernden EU-Förderungen zu Lasten unserer weiterhin strukturschwachen Region und Stadt werden unser wirtschafts- und beschäftigungspolitischem Handeln ebenfalls beeinträchtigen.

Kommunale Wirtschaftsförderung erhalten

Wirtschaft und Arbeitsmarkt sind auf eine lokal wirksame Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (WBF) angewiesen, die den Strukturwandel aktiv durch eigene und realistische Zielsetzungen für (neue) Unternehmen und (neue) Arbeitsplätze mitgestaltet. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich für den Erhalt und die weitere Stärkung des städtischen Eigenbetriebs WBF-DO einsetzen. Die Bindung und Steuerung beider Handlungsfelder in einer Hand ist Überlegungen zur weiteren Privatisierung unbedingt vorzuziehen. Beispiele privatisierter Wirtschaftsförderungsgesellschaften in der Region weisen keine besseren Leistungsergebnisse nach.

Der städtische Haushalt wird in den kommenden Jahren weiter der Kontrolle der Bezirksregierung unterliegen. Der jährliche städtische Zuschuss für die WBF-DO muss in seiner Höhe mittel- und langfristig gesichert werden. Eine Schwächung der Potenziale zum Einwerben von Drittmitteln aus Land, Bund und EU werden wir nicht zulassen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen für die **Sicherung einer aktiven Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung**, die – zugeschnitten auf Dortmunder Verhältnisse – zukünftig noch stärker als bisher alle Möglichkeiten

ausschöpfen können muss, externe Fördermittel in die Stadt zu holen.

Nicht zuletzt deshalb muss eine **realitätsgerechte Anpassung der kommunalen Finanzierung** des dortmund-projekts beschlossen werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden im Rahmen einer Zwischenbilanzierung eine kritische Überprüfung von Zielen, eingesetzten Finanzmitteln und Ergebnissen des dortmund-projekts fordern. Neben den sicher nicht zu schmälern den positiven Resultaten bzgl. Neuansiedlungen, Existenzgründungen und Arbeitsplätzen (Biomedizin, MST-Factory, e-Port usw.), dürfen Aussagen von Wissenschaft und Forschung zu tatsächlich Erreichbarem nicht ignoriert werden. Eine bessere **Koordination und Kooperation aller Beteiligten** (do-projekt, Technologiezentrum, WBF-DO und Kammern) wird, bei reduzierten Mitteleinsätzen, zu realistisch erreichbaren Ergebnissen führen. Die Zielmarke von 70.000 zusätzlichen bzw. neuen Arbeitsplätzen in 10 Jahren halten wir für weit überzogen.

Mehr denn je wird eine erfolgreich funktionierende Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung auch die **Verantwortung für Existenzgründung und Beratung** sicherstellen müssen. Wir wollen eine sichere Zukunftsperspektive auch für die zunehmende Anzahl von Kleinunternehmen (z.B. Ich-AGs) gewährleistet sehen.

Nachhaltiges Wirtschaften fördern

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet **langfristige Wettbewerbsfähigkeit** statt kurzzeitige Gewinnoptimierung und lässt sich über die gleichzeitige Optimierung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Erfolgsfaktoren realisieren. Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen sind nachweislich wirtschaftlich erfolgreicher und länger am Markt.

Es leuchtet ein, dass Unternehmen, die langfristig und strategisch planen, die betriebliche Innovation fördern, teurer werdende Ressourcen und Emissionen minimieren und über gesunde und motivierte MitarbeiterInnen verfügen, besser

gerüstet sind für den wachsenden Kosten- und Qualitätsdruck. Wir setzen uns für entsprechend **aktive Beratungsangebote** seitens der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung ein.

Kleine und mittlere Unternehmen sind die Grundfesten einer florierenden kommunalen und regionalen Wirtschaft. Ihnen gehört unsere besondere Aufmerksamkeit. Zum einen sind sie ausbildungswilliger als große Unternehmen (mit häufig kurzlebigeren und damit instabileren Erfolgen), zum anderen stehen sie ökologischen Innovationen aufgeschlossen gegenüber.

Mehr Ausbildungsplätze schaffen

Die immer noch steigende Zahl von jungen Menschen ohne Perspektive auf einen Ausbildungsplatz macht unser politisches Handeln weiterhin notwendig. Mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden nicht oder nicht ausreichend ausbildende Unternehmen in Dortmund sich nicht länger aus der Verantwortung ziehen können – wir werden uns auf Bundesebene für die bereits lange versprochene und immer noch ausstehende **Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe** einsetzen. Mit unserer politischen Kraft werden auch die bestehenden außerbetrieblichen Ausbildungsbetriebe sowie die qualifizierenden Beschäftigungsförderungsprojekte für benachteiligte Jugendliche erhalten bleiben.

2. Konzern Stadt Dortmund

Ein erheblicher Teil kommunaler Aufgaben wird durch städtische Unternehmungen erfüllt. Mit rund 14.000 MitarbeiterInnen wird in den Sparten Verkehr, Versorgung, Entsorgung, Wohnen, Struktur- und Wirtschaftsförderung, Veranstaltungen, Kultur und Freizeit, Gesundheit und Pflege, EDV und Kommunikation sowie Finanzen ein Bruttobetriebserlös von jährlich 2,3 Milliarden € erwirtschaftet. Die Wechselbeziehungen zum städtischen Kernhaushalt sind vielfältig. Rund 88 Millionen € fließen aus dem städtischen Haushalt in die städtischen Beteiligungen,

vornehmlich in die Kulturbetriebe (30 Mio.€), das Theater (27 Mio.€), die Sport- und Freizeitbetriebe (15 Mio.€), die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (15,4 Mio.€) und das Konzerthaus (3,9 Mio.€). Die Steuerung der Beteiligungen durch den Rat erfolgt indirekt durch Beiräte und Aufsichtsräte bzw. für die Sondervermögen und Eigenbetriebe direkt durch die zuständigen Fachausschüsse. Die Entsendung der Aufsichtsräte erfolgt nach dem Proporz der im Rat vertretenen Parteien mit der Konsequenz, dass nur über ein gutes Wahlergebnis eine Beteiligung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in den Führungsgremien der städtischen Gesellschaften sichergestellt ist. Faktisch wird die Unternehmenspolitik durch die jeweiligen Geschäftsführungen im Einvernehmen mit der Verwaltungsspitze bestimmt. Mangels Engagement sowie fehlender Kenntnisse über Controlling, Finanzierung und Jahresabschlussanalyse werden Aufsichtsratssitzungen häufig zu Abnickveranstaltung mit einem anschließenden Abendessen als Höhepunkt der Sitzung. Insofern müssen sich insbesondere SPD und CDU fragen, inwieweit eine Ratsmitgliedschaft als Qualifizierung ausreichend ist bzw. nicht externer Sachverstand herangezogen werden muss. D.h. auch, dass das Verständnis der Beteiligungsverwaltung sich vorrangig an den Bedürfnissen der Aufsichtsratsmitglieder zu orientieren hat und sich nicht als verlängerter Arm der Kämmerei und des Oberbürgermeisters verstehen sollte.

Ungeachtet dessen halten Bündnis 90/DIE GRÜNEN an der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt im jetzigen Umfang fest. Angesichts der erheblichen Haushaltsrestriktionen und der gescheiterten Gemeindefinanzreform wird jeder kommunale Gestaltungsspielraum mit Veräußerungen von städtischen Beteiligungen aufgegeben. Die Positiveffekte entsprechender Einnahmen sind schnell verpufft, wie Beispiele aus anderen Städten (Düsseldorf, Wuppertal, Essen) zeigen. Allenfalls Veräußerungen innerhalb des Konzerns Dortmund (wie z.B. der DOGEWO- oder der DOKOM-Anteile an die Dortmunder Stadtwerke) werden von Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürwor-

tet. Dies schließt auch eine **Befürwortung von städtischen Entwicklungsgesellschaften** zur Reaktivierung von Industriebrachen und Konversionsflächen (z.B. Stadtkrone-Ost- und Phoenix-Entwicklungsgesellschaft) ein. Einerseits kann durch den dann gegebenen Zugriff Einfluss auf die geplante Entwicklung genommen werden, andererseits wird der Mehrwert einer Aufwertung dieser Brachen zu Gunsten des städtischen Haushaltes direkt oder indirekt abgeschöpft. Die Restriktionen der Gemeindeordnung zur wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen außerhalb der Gemeindegrenzen bevorzugen die Privatwirtschaft und führen zu einem Bedeutungsverlust kommunaler Selbstverwaltung. Der hierzu im Widerspruch stehende, von Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützte Kauf der EON-Gelsenwasser-Anteile durch die Dortmunder und Bochumer Stadtwerke dient der **Sicherung von regionalen Arbeitsplätzen** und ist im städtischen Interesse.

Kompetente Unternehmensstrategien entwickeln

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Dortmund birgt selbstverständlich auch Risiken, speziell bei Veränderungen der Marktbedingungen und bei fehlender oder zu später Umsteuerung derselben.

Klinikum Dortmund

Unter Einbeziehung der voraussichtlichen Verluste in 2004 wurde in den Jahren ab 2001 ein Gesamtverlust von rund 50 Mio.€ verbucht. Die Umstellung der Abrechnungen über fallpauschalierte Vergütungen (DRG) wird bei Beibehaltung der jetzigen Strukturen zu weiteren zusätzlichen Verlusten von jährlich 30 Mio.€ führen. Personalentscheidungen und deren Korrektur (hohe Abfindungen und Übergangszahlungen) belasten das Klinikum zusätzlich. Durchgängige Kosten- und Leistungsrechnungen fehlen. Investitionsentscheidungen wurden nicht unter dem Gesichtspunkt der Refinanzierung getroffen. Die Liquidität des Unternehmens ist u. a. mangels eines effizienten Cash Managements gefährdet. Die desolote wirtschaftliche

Situation macht ein **Konsolidierungsprogramm dringend erforderlich**. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen, angesichts der Notwendigkeit einer hochwertigen und integrierten Patientenversorgung, an der kommunalen Trägerschaft festhalten. Dies setzt allerdings voraus, dass das auf unsere Initiative hin geforderte Zukunftsabkommen unverzüglich vereinbart und abgearbeitet wird. Bausteine sind u. a.:

- eine Stärken- und Schwächenanalyse,
- die Implementierung einer durchgängigen Kosten- und Leistungsrechnung,
- die kritische Bewertung der geplanten Investitionsvorhaben auf Refinanzierbarkeit,
- ein Vergleich der Leistungserbringung der internen Servicebereiche mit externen Marktteilnehmern,
- die Aufnahme von Kooperationen innerhalb des Konzerns Stadt Dortmund als auch innerhalb der Region.

Dortmunder Stadtwerke

Die Dortmunder Stadtwerke (DSW) nehmen im Beteiligungsportfolio eine herausragende Rolle ein. Einerseits fungieren sie als Holding für eine Vielzahl städtischer Beteiligungen (DEW, Gelsenwasser, Hafen, DOGEWO, Flughafen, DOKOM etc.), andererseits treten sie als öffentliches Verkehrsunternehmen in Dortmund auf. Die Zuwachsraten an Fahrgästen können sich im Vergleich zu anderen VRR-Verkehrsbetrieben sehen lassen. Dies ist unter anderem ein Ergebnis der Anstrengungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Ausweitung des Busnetzes und zur Einführung eines attraktiven und kostengünstigen Tickets für Kinder und junge Erwachsene (Schokoticket). Die Subventionierung der nicht kostendeckend erbrachten Verkehrsleistungen erfolgt durch die Abschöpfung der Gewinne des örtlichen Energieversorgers, die Dortmunder Energie und Wasser (DEW). Ob dies auch künftig noch möglich ist, bleibt abzuwarten. Nach Auffassung der EU-Kommission soll der steuerlich wirksame Ausgleich von Erträgen und Verlusten im handelsrechtlichen Sinne für öffentliche Unternehmen als un-

zulässige Subventionsform untersagt werden. Durch die Pflicht zur europaweiten Ausschreibung geraten die Dortmunder Stadtwerke unter Druck: Sie müssen mit privaten Anbietern konkurrieren, die u. a. wegen ihrer schlechten Lohn-Zahlungsmoral wesentlich billiger operieren können. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen demgegenüber einen reinen Kosten- und Dumpingwettbewerb zu Lasten der Arbeitnehmer vermeiden und **an den Dortmunder Stadtwerken als Aufgabenträger des ÖPNV festhalten**. Das heißt aber auch, dass sich die Dortmunder Stadtwerke angesichts der veränderten Rahmenbedingungen durch Verschlinkung, Restrukturierung und Senkung der Personalkosten für den bevorstehenden Wettbewerb fit machen müssen. Die DSW-ArbeitnehmerInnen haben sich mit Einführung des Spartentarifvertrages hierzu bereit erklärt. Im Gegenzug haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit der SPD beschlossen, bis zum 31.12.2009 keine Verkehrsleistungen auszuschreiben. Die CDU dagegen wollte ab 2005 die Verkehrsleistungen im Preiswettbewerb auch an Externe vergeben. Ein Personalabbau bei der DSW wäre die Folge gewesen.

DOGEWO & Co.

Wie wichtig das Festhalten an einer Wohnungsgesellschaft in kommunaler Trägerschaft ist, wird am Beispiel der Wohnungsgesellschaft Viterra AG (vormals VEBA Immobilien AG) deutlich. Nachdem die Versuche, den wirtschaftlichen Interessen der Aktionäre mit Einzelprivatisierungen, Bauaktivitäten im Eigentumsmarkt und Nachverdichtungen im Wohnungsbestand gerecht zu werden, gescheitert sind, werden nun große Teile des Wohnungsbestandes meistbietend verkauft. 7.730 Viterra-Wohnungen wurden im Januar 2004 mit einer ungewissen Zukunft veräußert. Weitere Verkäufe werden folgen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN hatten daher im Zusammenhang mit der im Dezember 2001 erfolgten Veräußerung der städtische DOGEWO-Anteile einen Verkauf innerhalb des Konzernverbundes im Gegensatz zu CDU und FDP aus grundsätzlichen Er-

wägungen absolute Priorität eingeräumt. Die **Wohnraumversorgung darf nicht zum Spielball von kapitalgeleiteten Interessen**, die sich ausschließlich über Renditeerwartungen definieren, **degradiert werden**. Dies wurde auch so umgesetzt. Zum 01.01.2002 erfolgte die Übertragung der städtischen Gesellschafteranteile an die Dortmunder Stadtwerke für einen Kaufpreis von rund 25 Mio.€. Damit ist ein preiswerter und attraktiver Bestand von 16.500 Wohnungen gesichert. Ein besonderes Problem ist der Hannibal-Komplex in Dorstfeld. Trotz vielfältiger Bemühungen ist es nicht gelungen, die Leerstandquote deutlich zu reduzieren. Dies drückt sich auch im Unternehmensergebnis mit anteiligen Verlusten von rund 1,5 Mio.€ und vorzunehmenden Teilwertabschreibungen aus.

Flughafen

Entgegen unserem politischen Willen haben andere Mehrheiten für den Flughafenausbau auf heutigem Niveau gesorgt. Im Juli 1993 wurden von SPD und CDU die Voraussetzungen zum Ausbau des Dortmunder Flughafens geschaffen. Rund 242 Mio.€ wurden in den Folgejahren zum Ausbau des Terminals und einer neuen Start- und Landebahn mit einer Kapazität von jährlich 2,5 Mio. Passagieren investiert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN hatten aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen diese überdimensionierten Planungen stets abgelehnt.

Jetzt bläst der Flughafen GmbH der heftige Wind der Realität ins Gesicht. Die Fluggesellschaften passen sich dem Bedarf an. Es wird weniger oft in kleineren Maschinen geflogen, zu große Gebäude wie Terminal und Verwaltungsgebäude sind nicht ausgelastet. Verlagerungen und Schließungen von Teilbetrieben von Eurowings tun ihr Übriges. Nicht nur der 11. September, auch die langfristige Konjunkturschwäche, konkurrenzfähige Städteverbindungen auf der Schiene, ein sinkender Geschäftsflugverkehr sowie ausreichende (Groß-)Flughäfen in der Region mit konkurrierenden Billigfluggesellschaften, machen einem wirtschaftlichen Betrieb das Leben schwer. Die mittelfristigen Finanzplanungen mussten mehrfach überarbeitet werden.

Erwarteten SPD und CDU noch 2001 ein ausgeglichenes Ergebnis für 2008/2009, so ist heute davon keine Rede mehr. Die Unternehmensmutter Stadtwerke wird zukünftig kaum mehr in der Lage sein, das weit über dem ursprünglichen Plan liegende jährliche Defizit (2004 voraussichtlich 17,8 Mio.€) auszugleichen. Ausbaden müssen es auf lange Sicht unter anderem die ÖPNV-NutzerInnen.

Nach wie vor gilt es wachsam zu sein und Umwelt und Menschen sowohl vor den Auswirkungen des Flugbetriebs als auch vor den Strategien der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft (zur vermeintlichen Verbesserung der Situation) zu schützen. Neue Hoffnungen werden in die akquirierten Billigfluganbieter gesetzt – sie sollen für mehr Passagiere, gefüllte Flugzeuge sowie mehr Starts und Landungen sorgen. Bereits im vergangenen Jahr haben die in Ausnahmen von der Flughafengesellschaft erlaubten Verspätungslandungen bis 23 Uhr auffällig zugenommen. Zu erwarten ist eine erneute Diskussion der großen Fraktionen in Koalition mit dem Flughafen um eine Verlängerung der Betriebszeiten.

Auf kommunaler Ebene wird es mit einer politischen Beteiligung von uns **keine Nachtflugerlaubnis** (auch nicht für den Frachtflugverkehr) und **keine Erweiterung der Betriebserlaubnis nach 22 Uhr** (über den Rahmen erlaubter Verspätungen hinaus) geben.

Auf Bundesebene werden wir uns für den zügigen Beschluss eines **neuen Fluglärmsgesetzes** einsetzen.

3. Städtische Haushaltspolitik

Vergangene bundesweite Steuerreformen mit drastischen Reduzierungen von Gewinn-, Kapital- und Gewerbesteuern haben zu einem dramatischen Einbruch der kommunalen Steuereinnahmen sowie zu einer weiteren Erhöhung der kommunalen Sozialausgaben geführt. Finanz-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Erwartungen in die Konzepte der Hartz-Reform und

der bundesweiten Gemeindefinanzreform wurden nicht erfüllt – das vom Kämmerer für den Zeitraum bis 2007 entwickelte Haushaltssicherungskonzept ist gescheitert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN können und wollen die Folgen solcher Bundespolitik kommunal nicht hinnehmen – wir werden die dringend **erforderlichen Nachbesserungen** (z.B. einer ausstehenden Vermögenssteuer) **auf Bundesebene einfordern**.

Die Finanzmisere der städtischen Kassen ist besorgniserregend. Nachdem im Jahr 2000 nach langen Jahren erstmalig ein ausgeglichener Haushalt verabschiedet werden konnte, waren die Haushaltsberatungen der kommenden Jahre durch erhebliche Defizite geprägt. Der Haushalt für 2001 weist einen Fehlbedarf von 56,3 Mio.€ aus, in 2002 wuchs das Defizit auf 116,8 Mio.€ an. Unter Einbeziehung der Fehlbedarfe aus früheren Jahren belaufen sich die Defizite in 2003 und 2004 bereits auf 213,6 bzw. 224,1 Mio.€. Bis 2007 wird der Gesamt-Fehlbedarf auf 425 Mio.€ ansteigen.

Einerseits ist die Haushaltsmisere hausgemacht:

Prestigeträchtige Vorhaben wie der Bau der neuen Landesbibliothek (Kosten: 30 Mio.€) oder des Konzerthauses nebst Glasdach Stübengasse (Kosten: 50 Mio.€) wurden ausschließlich über Kredite finanziert bzw. müssen über Leasingraten refinanziert werden. Andere Vorhaben wie der Umbau des Stadthauses für rund 50 Mio.€ wurden über Schattenhaushalte (hier: Sondervermögen „Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds“ Dortmund) finanziert, die mit Zins und Tilgung zukünftige Haushalte belasten. Insofern werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch künftig Investitionsvorhaben nur dann mittragen, wenn eine Finanzierung innerhalb der Dezernatsbudgets sichergestellt werden kann und eine zwingende Notwendigkeit der Maßnahmen gegeben ist. Eine der Prioritäten ist die Weiterfinanzierung der von Bündnis 90/DIE GRÜNEN initiierten Schulraumsanierungsvorhaben. Weitere Investitionsmaßnahmen werden der flächendeckende Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Schulkinder außerhalb der Schulzeit sein.

Andererseits ist die Haushaltsmisere auf die geänderten Vorgaben der Bundes- und Landesregierung zurückzuführen:

Im Haushaltssicherungskonzept zum Doppelhaushalt 2003/2004 wurden Mehreinnahmen aus der Gemeindefinanzreform ab 2005 in Höhe von 60 Mio.€ und Minderausgaben von 42 Mio.€ durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe (Hartz IV) fest einkalkuliert. Ein Trugschluss, wie sich heute zeigt. Statt der erhofften Verbesserung in Höhe von 10 Milliarden €, zu Gunsten der kommunalen Haushalte, zeichnen sich nach ersten Hochrechnungen Mehrausgaben in einer Größenordnung von 80 Mio.€ allein für Dortmund als Ergebnis ab.

Die von allen Kommunen geforderte Gemeindefinanzreform ist insbesondere durch den Widerstand der CDU-geführten Bundesländer faktisch gescheitert. Nach ersten Einschätzungen der Kämmerei belaufen sich die Mehreinnahmen bis 2007 aus der Gewerbesteuer auf nur 44,7 Mio.€ gegenüber der im Haushaltssicherungskonzept veranschlagten 120 Mio.€. Die Entlastungen aus dem Hartz-Konzept werden mit 19,1 Mio.€ benannt. Demgegenüber wurden im Haushaltssicherungskonzept Verbesserungen in Höhe von 168 Mio.€ bis 2007 genannt. Resultierend aus der neu geschaffenen Zuständigkeitsregelung zur Übernahme der Leistungen für Unterkunft und Heizung, der Kinderbetreuungsleistungen sowie der Schuldner- und Suchtberatung für Arbeitslose werden die kommunalen Haushalte deutlichen Mehrbelastungen ausgesetzt.

Maßnahmen zur Haushaltsentlastung

Das Haushaltssicherungskonzept wird von der Bezirksregierung Arnsberg nicht genehmigt – mit der Konsequenz, dass nur mit Zustimmung der Bezirksregierung neue Investitionsmaßnahmen angegangen werden können und sämtliche freiwilligen Leistungen auf den Prüfstein gestellt werden. Kommunalpolitische Gestaltungsspielräume gehen damit auf lange Zeit verloren.

Aus eigener Kraft ist eine Beseitigung der riesigen Haushaltsde-

fizite auch bei besten Sparanstrengungen nicht zu bewältigen. Wollte man das Defizit von 108 Mio.€ in 2004 beispielsweise durch einen Stellenabbau ausgleichen – dies wären mindestens 2.200 Stellen – wäre das Ende der kommunalen Leistungsfähigkeit erreicht. Bündnis 90/DIE GRÜNEN hatten anlässlich der Haushaltsberatungen für die Jahre 2003/2004 deutlich gemacht, dass die damaligen Planungsgrundlagen mit erheblichen Risiken behaftet sind. Die Ergebnisse aus dem Vermittlungsausschuss zur Gemeindefinanzreform bestätigen dies leider heute. Insofern führt kein Weg an einer **Neuaufgabe der Gemeindefinanzreform vorbei**.

Dies entbindet Dortmund jedoch nicht von eigenen Konsolidierungsbemühungen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben hierzu eine Reihe zukunftsorientierter Vorschläge gemacht:

- Vermögenserlöse zur Schuldentilgung einsetzen

Durch die Übertragung der städtischen DOKOM- und DOGEWO-Anteile sowie Stadtbahnstrecken an die Dortmunder Stadtwerke konnten mit Zustimmung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN rund 60 Mio.€ Einnahmen für den städtischen Haushalt erzielt werden. Die Einnahmen aus dem Cross-Border-Leasinggeschäft Westfalenhallen wurden auf unsere Initiative hin komplett zur Schuldentilgung eingesetzt. Dem gegenüber hatten wir das Cross-Border-Leasinggeschäft Stadtbahnanlagen angesichts ungeklärter Landesförderkriterien abgelehnt. Auf unsere Initiative hin werden sämtliche verwaltungsseitigen Aktivitäten zur Vorbereitung eines Cross-Border-Leasingverfahrens für das Dortmunder Kanalnetz eingestellt.

- Verwaltungsseitige Organisationsformen überprüfen

Notwendig ist eine Fortführung der Verwaltungsstrukturreform, um die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen. Dies beinhaltet eine Zusammenfassung von Organisationseinheiten, z.B. von Gesundheits- und Sozialamt, eine Verlagerung des Stadtbahnbauamtes zu den Dortmunder Stadtwerken, eine Zusammenlegung des Vermessungs- und Katasteramtes mit Verwal-

tungseinheiten benachbarter Kommunen, eine Umwandlung des Wohnungsamtes als Stabsstelle sowie eine kritische Auseinandersetzung der derzeitigen Verwaltungsleistungen.

- Infrastrukturrevision auf den Prüfstand stellen

Die Einnahmeerwartungen aus den bisherigen Maßnahmen zum Ausbau der städtischen Infrastruktur haben sich erwartungsgemäß nicht eingestellt. Zu nennen sind hier die, lediglich anvisierten, 7,5 Mio.€ durch die Vermarktung ehemaliger Spielplätze. Der Versuch, kleinere Grundschulen aufzugeben, wurde nach heftigen Protesten schnell wieder zu den Akten gelegt. Keine fiskalischen Ergebnisse wurden bisher aus dem vollmundig verkündeten Projekt zur Reduzierung der Friedhofserweiterungsflächen erzielt. Die Einnahmen aus der Vermarktung von Restflächen und Restgrundstücken bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Dies gilt auch hinsichtlich des eingeleiteten Restrukturierungsprozesses zur Vorhaltung von städtischen Büroflächen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern eine kritische und ehrliche Bestandsaufnahme der bisher eingeleiteten Maßnahmen. Nicht Aktionismus ist angesichts der schwierigen Lage gefragt, sondern **einvernehmliche Konsolidierungsmaßnahmen**, die zu wirksamen Haushaltsentlastungen führen.

SOZIALES, KINDER & JUGEND, KULTUR & SPORT

1. Sozialpolitik

Durch die Veränderungen in der Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik wird die Agenda 2010 auf alle Bevölkerungsgruppen spürbare Auswirkungen haben. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen zwar die Notwendigkeit, die sozialen Leistungssysteme auf den Prüfstein zu stellen, aber auch, dass der derzeitige Systemumbau insbesondere bei langzeitarbeitslosen Menschen zu gravierenden Einschnitten führt.

Erschwerend kommt die in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechterte Haushaltslage aller großen Städte in NRW und bundesweit hinzu. Die Bewegungsspielräume für die Sozialpolitik auch in Dortmund sind enger geworden, während gleichzeitig die sozialen Aufgaben, die zu bewältigen sind, geblieben sind. Verschärfend wirkt sich in Dortmund die Haushaltspolitik aus Zeiten alleiniger SPD-Regierung aus, die die Finanzierung von Renommierprojekten (z.B. das Konzerthaus) auch mit leeren Kassen ermöglichte, der Finanzierung der sozialen Daseinsvorsorge aber immer engere Grenzen setzte und Notwendiges nicht in Angriff nahm.

Der große Bedarf bei der Tagesbetreuung für Kinder ist trotz der Initiativen zur Einrichtung der Ganztagsgrundschulen nicht gedeckt, Kinder- und Jugendhilfeprojekte sind unterfinanziert, die Schulraumsanierung bleibt eine Daueraufgabe auch für die nächsten Jahre.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind dagegen, dass die Stadt in der Sozialpolitik nur dort aktiv ist, wo sie durch Gesetze dazu gezwungen wird. Soziale Verantwortung setzt nicht erst bei Pflichtleistungen an – **Sozialpolitik in der Kommune muss freiwillige Leistungen umfassen**, die dazu beitragen, ein soziales Netz in der Stadt zu erhalten, von dem alle BürgerInnen profitieren. Die Stadt hat den Auftrag, einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Solidarität mit denen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, zu leisten. Der Stellenwert

kommunaler Sozialpolitik darf nicht allein finanzwirtschaftlich, sondern muss politisch bestimmt werden.

Ziel von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist, dem Zerfall der Stadt in eine arme und eine reiche Hälfte entgegenzutreten und eine **soziale Stadtentwicklung zu fördern**.

Grundvoraussetzungen sind die **gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen** sowie die Ablösung der verschiedenen Systeme staatlicher Transferleistungen durch eine **einheitliche soziale Grundsicherung**.

Eine Agenda für soziale Gerechtigkeit und mehr Solidarität

- Langzeitarbeitslose fördern

Ca. 35.000 Menschen sind in Dortmund auf die Unterstützung des Sozialamtes angewiesen, hauptsächlich aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit. Aber auch Krankheit, Behinderung und Ausbildungsmängel können Menschen hindern, selbständig für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Obwohl die grundsätzliche Zuständigkeit für langzeitarbeitslose Menschen auf die Bundesagentur für Arbeit übergegangen ist, halten Bündnis 90/DIE GRÜNEN es für notwendig, dass die Stadt auch künftig ein überarbeitetes und an die neuen Strukturen angepasstes **Qualifizierungsprogramm** entwickelt, mit dem Menschen auch dann eine Rückkehrchance in den Arbeitsmarkt eröffnet wird, wenn sie die Anforderungen der Bundesagentur noch nicht erfüllen.

- Nicht wegsehen, sondern bekämpfen: Armut in Dortmund

In den vergangenen Jahren haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit anderen die Diskussion um den Armutsbericht intensiv vorangetrieben. Dabei ist von Bündnis 90/DIE GRÜNEN insbesondere die Situation der von Armut betroffenen Kinder in das Zentrum der Debatte gerückt worden. Ihnen muss die besondere Aufmerksamkeit städtischer Sozialpolitik gelten – denn die Untersuchungen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass Kinder aus benachteiligten Elternhäu-

sern weitaus schlechtere Ausbildungs- und Berufschance haben, ihnen Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe verwehrt werden und sie vermehrt unter Gesundheitsproblemen leiden. Eine von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Beginn der Ratsperiode initiierte Debatte scheiterte letztlich am Widerstand der Verwaltung, tatsächliche Schritte zur **Bekämpfung der Kinderarmut** in die Wege zu leiten. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden an dieser Stelle jedoch nicht locker lassen – die Zukunft Dortmunds liegt bei den Kindern Dortmunds. **Die Armutsberichterstattung muss erneuert und fortgeführt werden**, soziale Hilfsinstrumente müssen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und an die Bedürfnisse betroffener Menschen angepasst werden.

Die Zahl obdachloser Menschen ist und bleibt trotz Entspannung auf dem Wohnungsmarkt eine Herausforderung für die Stadtpolitik. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen, dass alle kommunalen Handlungsmöglichkeiten genutzt werden, um **Wohnungslosigkeit zu vermeiden bzw. zu beseitigen**. Bereits wohnungslos gewordene Menschen brauchen Unterstützung bei der Suche nach neuem Wohnraum und dem Wiedereinstieg in ein geregeltes Leben. Sie dürfen nicht einfach aus der City vertrieben und ausgegrenzt werden.

Das frauenspezifische Übernachtungsangebot muss erhalten bleiben, die städtischen Übernachtungsangebote in ihrer Ausrichtung so optimiert werden, dass sie von betroffenen Menschen stärker angenommen werden.

Die Arbeit der freien Träger im Sozialbereich ist und bleibt ein fundamentaler Beitrag zur Dortmunder Sozialpolitik. Angesichts der chronisch leeren öffentlichen Kassen plädieren Bündnis 90/DIE GRÜNEN dafür, das **Leistungsspektrum der Arbeit freier Träger** – bei möglichst effizientem Einsatz öffentlicher Mittel – zu **erhalten**. Dazu kann eine Strukturrevision der Felder sozialer Arbeit unter der Perspektive von Doppelstrukturen einen wertvollen Beitrag leisten.

- Vernetzte Sozialarbeit intensivieren

Mit der Dezentralisierung der Sozialdienste in den Stadtteilen ist

ein richtiger Weg eingeschlagen worden. Hier muss allerdings die vernetzte Sozialarbeit im Stadtteil intensiviert werden. Sozialarbeit muss sich verstärkt ihren Problemen widmen und in der Lage sein, auch über die Grenzen von Verwaltungseinheiten hinaus, integriert zu handeln. Als einen Schritt in diese Richtung streben Bündnis 90/DIE GRÜNEN **die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten** an, die es bislang „getrennt“ mit häufig denselben Menschen zu tun haben. Dazu zählt als erstes die Zusammenlegung von Gesundheits- und Sozialamt, aber auch die stärkere Vernetzung von Jugend- und Sozialhilfe. Damit wird auch ein Beitrag zur „schlanken“ Verwaltung geleistet, die es ermöglicht, Steuermittel da einzusetzen, wo sie vorrangig gebraucht werden: bei den Menschen.

- Mehr Akzeptanz und Integration – Menschen mit Behinderung sparen, kürzen, kontrollieren – das war in den vergangenen Jahren zu häufig typisch für das Dortmunder Verwaltungsgebaren gegenüber Menschen mit Behinderung. In der Schwerstbehindertenbetreuung oder der Frühförderung gab es eine ständige Auseinandersetzung um das, was diese Menschen brauchen und, was ihnen Politik und Verwaltung zugestehen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN halten einen solchen Umgang für beschämend. **Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe und Förderung, auf Akzeptanz und Integration.**

Eine städtische Sozialverwaltung muss dabei mehr sein als eine Kontrollinstanz der zu gewährenden Leistungen: Sie muss ganzheitliche Dienstleisterin sein und die Würde der Menschen schützen. Dazu gehört Hilfestellung und die zügige Bearbeitung aller Anträge; dazu gehört auch der Ausbau von Integrationsplätzen in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Dortmunds Beitritt zur „Erklärung von Barcelona“ (2003) bzw. der damit initiierte Prozess muss spürbare Konsequenzen für die Situation von Menschen mit Behinderung in Dortmund haben. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass **konkrete Maßnahmenkataloge mit verbindlichen**

Zeitvorgaben für alle Bereiche entwickelt werden, in denen es Handlungsbedarf gibt.

Durch die Streichung der städtischen Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung ist eine Lücke im Beratungsangebot in Dortmund entstanden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben diese Entscheidung kritisiert und werden sich in der nächsten Ratsperiode dafür einsetzen, die Beratungssituation für Menschen mit Behinderung in Dortmund mit der Schaffung eines alternativen Angebotes zu verbessern. Insbesondere die Situation von Familien mit behinderten Kindern oder Angehörigen muss verbessert werden.

Wir wollen **Selbsthilfegruppen stärken und fördern** und wir wollen, dass die Stelle eines/r kompetenten **Behinder-tenbeauftragten** eingerichtet wird, die/der die Interessen der Menschen mit Behinderung in Dortmund vertritt und ihre Durchsetzung begleitet.

- Niemand wird jünger – Lebensraum für und mit älteren Menschen gestalten

Immer mehr ältere Menschen leben in Dortmund, ihr Anteil an der Bevölkerung wächst. Auch mehr und mehr MigrantInnen bleiben im Alter in Dortmund. Sie alle wollen aktiv am Leben in Dortmund teilnehmen.

Kommunalpolitik und SeniorInnen-Beirat müssen Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung und Pflege älterer Menschen in Dortmund sowie für die Heimaufsicht übernehmen. Aber die Grundversorgung ist nicht das Einzige, was SeniorInnen interessiert. Ältere Menschen können Zeit sowie Lebens- und Berufserfahrungen in die Gemeinschaft einbringen. In Dortmund sollen **generationenübergreifende Wohnprojekte** konzipiert und gefördert werden; über deren Entwicklung und Gestaltung sollen die BewohnerInnen selbstverantwortlich entscheiden können.

Innerhalb der Stadtentwicklung werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN dafür sorgen, dass **Stadtviertel und Stadtteilzen-**

tren altengerecht bleiben bzw. werden. Für viele ältere Menschen sind der Lebensmittelladen und die Sitzbank zum Ausruhen, der Frisör, der Arzt und eine kleine Pflegeeinrichtung in der Nähe ein notwendiger Bestandteil ihres Lebens. Der Stadtteil ist der Bezugspunkt alter Menschen; hier müssen Versorgungs- und Pflegeangebote so ausgerichtet und vernetzt werden, dass die von alten Menschen nicht gewünschte Heimunterbringung hinausgezögert wird.

Für ein Leben ohne Auto müssen Informationen über öffentliche Verkehrsmittel, Kulturveranstaltungen, altersgerechte Sport- und Freizeitangebote und über Hilfsmöglichkeiten bei der täglichen Versorgung (z. B. durch Lieferdienste) erarbeitet und veröffentlicht werden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die **Beratung zur Wohnraumanpassung in Dortmund** auch zukünftig finanziert wird. Sie ist ein wichtiger Baustein, damit Menschen in ihrer gewohnten Umgebung alt werden können.

Die städtischen Seniorenheime sind neben anderen ein leistungsfähiger Anbieter stationärer Unterbringung. Wir wollen, dass die Seniorenheime auch künftig in städtischer Trägerschaft verbleiben.

- **Bürgerdienste: Neue Wege städtischer Dienstleistung**
Deutliche Verbesserungen hat es in Dortmund bei der Wandlung von einer im klassischen Sinne bürokratisch agierenden Verwaltung hin zu einem BürgerInnenservice gegeben, der sich als Dienstleister für seine "KundInnen" versteht.

So wurden in den Stadtteilen dezentrale Anlaufpunkte geschaffen, an denen gleichzeitig verschiedene Anliegen bearbeitet werden können. Zudem wurden die Öffnungszeiten deutlich ausgedehnt, so dass z.B. Berufstätige nun auch samstags ihre Ämterbesuche durchführen können. Um Informations- und Arbeitsabläufe für alle Beteiligten effizienter zu gestalten, werden verstärkt neue Medien wie das Internet genutzt. Hierbei begrüßen Bündnis 90/DIE GRÜNEN insbesondere, dass neben dem deutlich verbesserten Zugang zu den Äm-

tern selbst (Barrierefreiheit!) auch die Möglichkeit geschaffen wurde, über Hausbesuche Verwaltungsangelegenheiten im eigenen Domizil abzuwickeln. Dadurch wird sichergestellt, dass auch jene MitbürgerInnen von den Angeboten der Bürgerdienste profitieren können, deren Mobilität eingeschränkt ist oder die sich keiner elektronischen Kommunikationsmittel bedienen.

Zu dieser Entwicklung haben Personalvertretung und Belegschaft einen wichtigen Beitrag geleistet, indem sie sich einer Flexibilisierung der Arbeitszeit geöffnet haben.

Diesen veränderten und zum Teil auch neuen Aufgaben steht der enorme finanzielle Druck auf die kommunalen Haushalte gegenüber. Hier lehnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN nach wie vor betriebsbedingte Kündigungen innerhalb der Stadtverwaltung ab, fordern jedoch die **verstärkte Nutzung innovativer Konzepte**, z.B. flexible Teilzeitarbeit oder Lebensarbeitszeitkonten.

- Ein besonderer gesellschaftlicher Auftrag: Suchtkranke ernst nehmen

Ein Erfolg ist die Einrichtung eines "Druckraumes" in Dortmund, der ohne Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht zustande gekommen wäre. Ein **Überlebensangebot** für drogenkranke Menschen, das seit seiner Eröffnung intensiv genutzt wird. DIE GRÜNEN werden dafür eintreten, dass die Öffnungszeiten des Druckraumes trotz der finanziellen Belastungen beibehalten werden. Wir fordern **ein differenziertes Drogenhilfesystem**, eingebettet in ein effektives Gesamtkonzept. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für ein spezialisiertes Angebot ein.

2. Kinder- und Jugendpolitik

Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Dortmund verstehen Kinder- und Jugendpolitik gerade wegen ihrer ganz spezifischen Ausprägung als Querschnittsaufgabe. So gibt es kaum ein politisches Feld, das nicht Leben, Denken und Entfaltung junger Menschen berührt.

Kindern und Jugendlichen **Chancen für ein selbstbestimmtes Leben** zu eröffnen, heißt auch, alle kommunalpolitischen Entscheidungen in dieser Hinsicht zu überprüfen und ggf. zu korrigieren. Kindern und Jugendlichen in einem gesicherten Umfeld Möglichkeiten zu schaffen, **Zugehörigkeit und Liebe** zu erfahren, **Erziehung und Bildung** zu genießen und am Gesamtspektrum gesellschaftlichen Lebens teilnehmen zu können, ist eines der wesentlichsten Ziele GRÜNER Kommunalpolitik. Diese allerdings ist nicht selten durch bundes- oder landespolitische Entscheidungen beeinflusst. GRÜNE Kommunalpolitik schöpft aber nicht nur Bundes- und Landesfinanzmittel aus, sondern fordert auch die kommunalen Gelder ein, die notwendig sind, unsere Ziele zu erreichen. Gerade in Zeiten knapper Finanzmittel darf eine wesentliche Umschichtung im städtischen Haushalt zugunsten einer zukunftsweisenden Kinder- und Jugendpolitik kein Tabuthema sein.

Bewegen, fördern, beteiligen

Rückblickend auf die letzte Wahlperiode kann GRÜNE Kinder- und Jugendpolitik viele Erfolge aufweisen. Daran wollen wir auch weiterhin anknüpfen:

- Nachdem der Oberbürgermeister im letzten Jahr 1000 städtische Hortplätze und 14 kleine Grundschulen schließen wollte, um Einsparungen für den städtischen Haushalt zu erzielen, haben sich auf unsere Initiative hin betroffene Eltern, Elternräte sowie andere Vereine und Verbände zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Gemeinsam wurde ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht und mehr als 44.000 Unterschriften Dortmunder BürgerInnen gesammelt. Letztlich beugten sich sowohl der Oberbürgermeister als auch SPD und CDU im Rat der Stadt Dortmund diesem Votum. In Dortmund war dies das **erste erfolgreiche Bürgerbegehren**.

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Dortmund werden sich für den **Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder von 0-14 Jah-**

ren einsetzen. Dabei ist eine Qualitätsdiskussion zu führen, die qualitative Standards und eine Finanzierungszusage für die Betreuung in unterschiedlichen Modellen formuliert.

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben sich für die **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Politik** eingesetzt. Schließlich wurde auf unsere Initiative hin das „DO-Forum“ auf Stadtebene gegründet: ein Unterausschuss des Kinder- und Jugendausschusses, in dem sich Kinder und Jugendliche direkt in einem kindgerechten Forum an die dort vertretenen PolitikerInnen der Fraktionen wenden können. Ihre ganz persönlichen Petitionen, Anregungen und Beschwerden tragen sie hier vor; Lösungen werden dann gemeinsam erarbeitet.

- Durch die von uns angeregte Veränderung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Rates der Stadt Dortmund haben auch Kinder- und Jugendliche jetzt die Möglichkeit, ihre Anregungen und Wünsche direkt im Rahmen der **Einwohnerfragestunde** den Bezirksvertretungen vorzutragen.

- Die direkte Einbringung des Fachverständes der im Kinder- und Jugendbereich Tätigen in den Ausschuss für Kinder und Jugendliche haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus immer eingefordert. So ist der **Stadtelternrat der Kindertageseinrichtungen** auf unsere Initiative hin mitwirkungsberechtigtes Mitglied des Ausschusses geworden.

- In Zeiten einer fortschreitenden Kommerzialisierung der Gesellschaft ist es erforderlich, gerade für Kinder und Jugendliche **Non-Profit-Angebote** zu erhalten und auszubauen. Nur mit GRÜNEN Stimmen im Rat konnte das Big Tipi nach Dortmund geholt werden. Der Abenteuerspielplatz rund um das Big Tipi muss durch sinnvolle Angebote aufgewertet werden.

- GRÜNE Kommunalpolitik setzt auf Prävention nicht nur im

Bereich der allgemeinen Kriminalität. Reine Forderungen nach ordnungspolitischen und repressiven Maßnahmen ohne das Erkennen und Analysieren der Ursachen unterstützen wir nicht! So haben wir **Brücke e. V.** (zugunsten des Täter/Opferausgleiches im Bereich der Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität) durch die Einrichtung einer zusätzlichen Halbtagsstelle stärken können.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch immer wieder die Frage nach **aufsuchender Sozialarbeit und Streetwork**, gerade an den bekannten Brennpunkten in unserer Stadt. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden weiterhin ihre Forderungen nach einem bezirks- und projektbezogenen Konzept aufrechterhalten.

- **Jugendfreizeitstätten** müssen erhalten und teilweise ausgebaut werden. Hier erscheint es sinnvoll, Übernahmen der Freizeitstätten durch die Wohlfahrtsverbände oder anderer Träger zu fördern.
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich für eine Förderung der Jugendkultur einsetzen. Wichtige Beiträge dazu sind u.a. der **Erhalt der Proberäume für Jugendbands** und die **Intensivierung des Jugendaustauschs** mit den Dortmunder Partnerstädten im Ausland.
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben sehr frühzeitig die **Schadstoffbelastungen an Kindertageseinrichtungen und Schulen** thematisiert, Sanierungen eingefordert und Vorschläge für eine machbare Finanzierung erarbeitet.
- Auch die GRÜNE Beharrlichkeit bzgl. des **Erhalts der Dortmunder Bäderlandschaft** trägt dazu bei, Schulschwimmen und preisgünstige Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche zu erhalten und zu fördern.
- Die Förderung des **ÖPNV** haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN stets in Hinblick auf **kinder- und jugendfreundliche Ausge-**

staltung begleitet. Der Nachtexpress als preisgünstiges Beförderungsangebot für junge Menschen an Wochenenden ist fester Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur. Der GRÜNE Einsatz für ein Schokoticket, das auch zur kostenlosen Mitnahme von Fahrrädern berechtigt, scheiterte leider an den Gegenstimmen von CDU und SPD.

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN ermutigen junge Menschen, das **Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit** aktiv wahrzunehmen und sich hier für ihre Interessen zu engagieren. Jugendgemäße und kreative Ausdrucksformen sollen in Ablaufkonzepte für Demonstrationen einbezogen und unterstützt werden. Diesbezüglich setzen sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN u. a. dafür ein – wie im vergangenen Jahr bereits erfolgreich geschehen –, bei Demonstrationen gegen Rechts den Ausdruck jugendlichen Protestes in Sicht- und Hörweite zu den Rechtsextremen sicherheitspolitisch und polizeistategisch zu ermöglichen.

Die Jugendlichen, die bezüglich der Dortmunder Polizeikessel vor dem Verwaltungsgericht erfolgreich geklagt haben, haben bewiesen, dass sich der Einsatz lohnt. Der dadurch erzeugte öffentliche Druck veranlasste die Polizei zur Veränderung ihres Handelns.

Aber nicht immer waren wir erfolgreich. So fand unsere Initiative zur Bekämpfung der Kinderarmut mit den Stimmen der SPD zwar eine Mehrheit im Rat, jedoch sind Arbeitsaufträge an die Verwaltung zur Erstellung eines Lösungskonzeptes nicht umgesetzt worden, da letztlich die SPD diesen gemeinsamen Antrag nicht entschieden weiter mittragen, d.h. die entsprechenden Finanzmittel nicht mit bereitstellen wollte. Wir werden auch weiterhin dieses wichtige Thema nicht von der Tagesordnung nehmen. Auch unsere massiven Forderungen, städtische Spielplätze zu erhalten, fanden bei SPD und CDU kein Gehör, rund 25% dieser Spielplätze wurden aus rein finanzpolitischen Gründen geschlossen. Wir werden uns auch weiterhin für den **Erhalt und**

Ausbau von Spielflächen einsetzen und Elternpatenschaften begrüßen. Eine naturnahe Gestaltung der Spielflächen – auch auf Schulhöfen – ist aus GRÜNER Sicht obligatorisch und wird daher immer wieder eingefordert.

3. Schulpolitik

Das Leben und die Erfahrungswelt von Kindern und Jugendlichen werden zunehmend von den unsicheren Einkommensstrukturen der Eltern, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Arbeitslosigkeit, fehlenden Spielmöglichkeiten, beengtem Wohnraum sowie steigendem Fernseh- und Computerkonsum bestimmt. Diesen Herausforderungen muss sich die Gesellschaft und insbesondere die Schule stellen. Dass sie das bisher nicht in ausreichendem Maß tut, hat u.a. die PISA-Studie über den Lernerfolg 15-jähriger SchülerInnen aus 32 Ländern eindrucksvoll bewiesen.

Eine Schule für Alle

Die Schule muss ein Ort werden, an dem unterschiedlich begabte, behinderte und nicht behinderte, ausländische und deutsche Kinder und Jugendliche ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert werden.

Die Bildungschancen von MigrantInnen und ihren Kindern müssen verbessert werden – auch dies hat die PISA-Studie eindeutig gezeigt. Der muttersprachliche Unterricht für MigrantInnenkinder soll ausgebaut werden. Sprachförderung für alle Kinder muss frühzeitig, möglichst schon im Kindergarten, erfolgen. Ergänzende Sprachkurse für Familienangehörige ausländischer SchülerInnen sollen die **Integration durch die Schule fördern**.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten SchülerInnen ein. In Grundschulen sollen bedarfsdeckend und wohnortnah Integrationsklassen eingerichtet werden, die ihre Fortsetzung in der Sekundarstufe I finden. Entscheidend für das Gelingen der

Integration ist, dass an den jeweiligen Schulen dem Förderbedarf von Kindern mit Behinderung voll entsprochen wird.

Unser langfristiges Ziel ist **eine Schule für alle Kinder** von der ersten bis zur zehnten Klasse. Denn eine solche einheitliche Schule ist am besten geeignet, eine demokratische, am Ziel der Chancengleichheit orientierte Bildung zu vermitteln, dies lässt sich auch aus den Ergebnissen der PISA-Studie ablesen.

Ganztagsgrundschule – qualitativ und bedarfsgerecht

Als einen ersten Schritt in die richtige Richtung sehen wir die neu eingerichteten **Offenen Ganztagsgrundschulen** an. Dabei sollen die Ganztagsangebote flächendeckend ausgebaut werden und möglichst vielfältig sein.

Die Qualität der Betreuung darf nicht gegenüber der bisherigen Hortbetreuung absinken. Wir haben deshalb die Forderung durchgesetzt, dass die Offenen Ganztagsgrundschulen nach einem pädagogischen Gesamtkonzept arbeiten sollen, das Unterricht, unterrichtsergänzende Förderung, außerunterrichtliche Angebote aus Sport, Musik und Kultur sowie Freizeitangebote zu einem ganzheitlichen System verbindet. Darüber hinaus sollen auch die Betreuungsangebote für Kinder der Sekundarstufe I verbessert werden. Hier bietet sich auch die Chance, die **Schulen für Aufgaben und Initiativen** im Stadtteil zu öffnen. Als „gemeindenaher Schule“ oder „Haus des Lernens“ kann Schule Erziehungs- und Bildungsprozesse mit anderen Lebensumständen wie Arbeit, Wohnung, Gesundheit und Freizeit verbinden – z. B. durch Projektwochen. Besondere pädagogische Konzepte zur Umwelterziehung oder zur Gewalt- und Drogenprävention könnten so in Zusammenarbeit mit nicht-schulischen Vereinen und Initiativen besonders lebensnah umgesetzt werden. Dies setzt jedoch im Bereich Schule und Jugendarbeit eine **enge Vernetzung unterschiedlicher kommunaler Ämter und Zuständigkeiten** voraus.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen **bedarfsgerechte und wohnortnahe Schulen**. Für die Grundschulen müssen die Schulstandorte trotz rückläufiger SchülerInnenzahlen erhalten

bleiben. Schule darf sich nicht nur an quantitativ formulierten Planzahlen orientieren. Unter dem Stichwort „**Kurze Beine, kurze Wege**“ haben wir uns deshalb erfolgreich für den Erhalt so genannter kleiner Grundschulen eingesetzt, indem wir im Jahr 2003 das Dortmunder Bürgerbegehren für den Erhalt von kleinen Grundschulen und Horten unterstützten.

Neue Konzepte für Sekundarstufe II und Berufskollegs

Neue Konzepte sind jedoch nicht nur im Primarbereich, sondern auch bei den Schulen der Sekundarstufe II und bei den Berufskollegs notwendig. Bei Gesamtschulen und Gymnasien setzen wir uns für Kooperationen bei der Sekundarstufe II ein, die ein **vielfältiges Kursangebot auch an kleineren Oberstufen** ermöglichen und Unterrichtsengpässe vermeiden können. Die Dortmunder Berufskollegs werden sich in hohem Maß auf die Veränderungen in der wirtschaftlichen und beruflichen Situation einzustellen haben. Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich vor diesem Hintergrund besonders für die **Gründung eines eigenen Berufskollegs für Informationstechnologie und Medien** ein – zumal dies einer der Schwerpunkte der Wirtschaftsentwicklung in Dortmund sein wird.

Die kommunale Schulpolitik ist inhaltlich und personell im Wesentlichen durch die von der Landespolitik getroffenen Vorgaben bestimmt. Die primäre Aufgabe der Stadt als Schulträgerin ist es jedoch, unabhängig von der jeweiligen Schulform, die räumlichen Unterrichtsbedingungen an den Dortmunder Schulen zu verbessern. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben sich deshalb erfolgreich für ein **Programm zur Instandsetzung der vorhandenen Schulgebäude sowie zur Schadstoffsanierung** eingesetzt. Gegen heftige Widerstände haben wir Möglichkeiten der alternativen Finanzierung durchgesetzt, damit das umfangreiche Bauprogramm zügiger abgearbeitet werden kann. Bei Um- und Neubauten müssen hohe baubiologische Kriterien und energiesparendes Bauen Standard werden. Angesichts der vielen noch bestehenden

Mängel bei den Schulgebäuden, wird die Sanierung auch weiterhin eine wichtige Aufgabe der GRÜNEN Politik bleiben.

4. Kultur

Freie Szene fördern

Seit Jahren existiert in der Stadt eine blühende Kulturlandschaft aus etablierten Kultureinrichtungen, der so genannten freien Kulturszene sowie vielfältigen sozio- und interkultureller Einrichtungen. Dies hat verschiedentlich zu Kooperationen geführt, die Synergien freisetzen. Wir werden alles tun, um diese **Angebote zu erhalten und entsprechende Kooperationen zu fördern**. Weitere Synergien können sich aus der Zusammenarbeit verschiedener Theater in NRW und den benachbarten Bundesländern im Rahmen einer von uns geforderten **regionalen Kulturplanung** ergeben.

Die kritische Haltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Konzerthaus hat sich in der Betriebsphase bestätigt. Die Erwartungen an die Auslastung haben sich nicht erfüllt. Dies hat eine noch größere finanzielle Belastung des Stadthaushaltes zur Folge als geplant. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden dafür eintreten, den Zuschuss an das Konzerthaus nicht weiter zu erhöhen, sondern durch eine Veränderung des Betriebskonzeptes zu senken und eine Verschwendung von Steuergeldern zu vermeiden.

Das **Kinder- und Jugendtheater**, das sich, trotz seines gesellschaftspolitischen Anspruchs, einer regen Nachfrage erfreut, sehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN als festen **unverzichtbaren Bestandteil** der Dortmunder Theaterbetriebe. Wir werden uns deshalb für einen **zukunftssicheren Standort des Theaters** einsetzen.

Auf Landesebene kämpfen wir dafür, dass die Aufwendungen für landeskulturelle Veranstaltungen (Triennale) nicht weiterhin

auf dem Rücken der kommunalen Theater ausgetragen werden.

Museen vernetzen

Die Dortmunder Museumslandschaft wird in ihrer Vielfalt vorwiegend in der „Museumsnacht“ wahrgenommen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich für **eine stärkere ganzjährige Vernetzung der musealen Einrichtungen** und Angebote der unterschiedlichen Träger in Dortmund sowie für eine breitere gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit ein. Um für die städtischen Museen ein größeres Publikum zu erschließen, setzen wir uns für eine zukunftsorientierte Museumsentwicklung ein. Diese soll auch umsetzbare **Konzepte für neue Vermittlungsstrategien** hin zu stärker inszenierten Dauerausstellungen und zum Einsatz multimedialer Ansätze in den Dortmunder Museen beinhalten. Es gehört zu unserer politischen Auffassung, dass pädagogische Konzepte ein reguläres Angebot unterstützen sollen. Wir setzen uns für den **Erhalt des theater- sowie museumspädagogischen Personals** ein. Dadurch wird bei Kindern und Jugendlichen nicht nur das Interesse an Theateraufführungen und Museumsbesuchen geweckt, sondern auch ein Stück Gesellschaftskultur und Verantwortung für ihre Mitmenschen vermittelt.

Stadtteilbibliotheken sind am Standort zu stärken, damit die dezentrale Struktur dieser öffentlichen Einrichtungen langfristig erhalten bleibt.

5. Sport

Das Sportgeschehen in Dortmund wird nicht allein bestimmt durch den BVB. Zwar spielen nach wie vor die meisten Vereinssportler Fußball, aber Wandern, Joggen, Fahrradfahren und Schwimmen besitzen eine ebenso große Bedeutung. Wenn die steigende Zahl der nicht-organisierten Freizeitsportler berücksichtigt wird, kommt diesen Sportarten sogar eine weitaus größere Bedeutung zu.

Breitensport fördern

Um deren Ansprüche zu befriedigen, haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen Antrag formuliert, der das **Radwegenetz erweitert** und die Chancen des **vereinsungebundenen Sports im Freiraum verbessert**.

Zuvor reagierten Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf diesen gesellschaftlichen Trend nach der letzten Kommunalwahl mit der Forderung, die Bäderlandschaft in Dortmund zu erhalten, zu sanieren und attraktiver zu gestalten. Zahlreiche Erschwernisse und die kommunale Haushaltslage hindern uns nicht daran, weiterhin für unser Ziel einzutreten. Die Vereine übernehmen weiterhin Verantwortung für unsere Bäderlandschaft. Umso bedauerlicher ist es, dass sie derzeit über keine adäquate Trainingsstätte verfügen. Um kurzfristig Ersatz für das zu sanierende Südbad zu schaffen, muss noch in diesem Sommer mindestens ein 50m-Freibad frühzeitig öffnen bzw. später schließen und der Betreiber des Freibades in die Lage versetzt werden, die zusätzlichen Aufwendungen für Heizkosten tragen zu können. Bereits im nächsten Jahr sollte mindestens ein Bad mit einer solarthermischen Anlage ausgestattet werden.

Den Kurs, **Vereine mit starker Jugendförderung** entsprechend zu unterstützen, werden wir ebenso beibehalten wie wir **Randsportarten und kleinere Vereine** so weit als möglich bei der Durchsetzung ihrer Anliegen **zur Seite stehen**.

UMWELT, STADTENTWICKLUNG, VERKEHR

1. Natur- und Klimaschutz in Dortmund

„Naturschutz in der Stadt“ wird immer häufiger zum Gegenstand von Kontroversen zwischen Naturschutz-Engagierten und jenen BürgerInnen, die ihre Nutzungsinteressen in Frage gestellt sehen.

Dieser Konflikt ist symptomatisch für eine wachsende Anzahl ehemaliger Freiflächen, die durch Wohnungsbau, Verkehrsinfrastruktur oder Gewerbegebiete belegt sind. Auch ehemals industriell genutzte Flächen, die zwischenzeitlich besondere und seltene Biotopstrukturen gebildet haben, unterliegen diesem Nutzungsdruck.

Das führt, wie in jüngster Vergangenheit geschehen, dazu, dass sich sogar Ziele des Umweltschutzes gegenseitig ausschließen. Im Fall der Windkraftanlage in Ellinghausen, die am Rand eines Naturschutzgebietes errichtet werden soll, haben sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Windkraftanlage und damit für eine zukünftige CO₂-Einsparung entschieden, obwohl dieser Standort aus naturschutzfachlicher Sicht als bedenklich bewertet wird. Selbstverständlich wäre es besser gewesen, die Nutzungen zu trennen. Tatsächlich gab es aber, um nicht auf den **Ausbau von Windenergienutzung** verzichten zu müssen, keine geeigneten Ersatzstandorte.

Mittel- und langfristig müssen jedoch im gesamten Stadtgebiet Freiflächen gesichert werden, um ein **Biotopverbundsystem** zu schaffen, das einen Ausgleich zur intensiven Nutzung und Belastung darstellt.

In der aktuellen Naturschutzdiskussion um die Nutzung von Freiflächen müssen Lösungen gesucht werden, die allen Nutzungsinteressen gerecht werden.

Gesunde Luft atmen

1993 trat die Stadt Dortmund dem internationalen Klimabündnis der Städte bei. Unter anderem wurden als zu erreichende

Ziele **die Senkung von CO₂-Emissionen** um 25% bis 2005 und um 50% bis 2010 formuliert.

Bis heute sind die Emissionen vor allen Dingen im industriellen Bereich zurückgegangen. In erster Linie aufgrund der Schließung von energieintensiven Industriebetrieben.

Im Verkehrssektor steigen die Emissionen jedoch an, obwohl der Öffentliche Personennahverkehr ständig ausgebaut wird. Mit verantwortlich ist die fehlende Bereitschaft, verkehrsreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Allergien, Atemwegs- und Hauterkrankungen nehmen zu. Ursache dafür ist u. a. die hohe Belastung der Stadtluft durch Schadstoffe. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen, dass städtische und betriebliche **Umweltberichte und Umweltaudits** in Dortmund durch Gesundheitsberichte ergänzt werden und die Gesundheitsverträglichkeit der Stadtplanung geprüft wird.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern eine **Gesundheitsberichterstattung und -planung** für eine auf die Stadtbezirke bezogene, bedarfsorientierte Förderung und Prävention, um die Gesundheit aller in Dortmund lebenden Menschen zu stärken.

Alles Müll oder was?

Über lange Jahre hinweg war die Abfalldiskussion geprägt durch den SPD/CDU-Beschluss zum Bau einer neuen Müllverbrennungsanlage (MVA) in Dortmund. Bündnis 90/DIE GRÜNEN hatten diesen Baubeschluss aus umwelt- und finanzpolitischen Gründen abgelehnt und stattdessen für den **Bau einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA)** als Restmüllbehandlung plädiert. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden wurde hierzu ein letztendlich **erfolgreiches Bürgerbegehren** initiiert. Der MVA-Baubeschluss wurde im November 2001 aufgegeben.

Statt jedoch die Planungen zum Bau einer MBA voranzutreiben, wurde von der Geschäftsführung der Entsorgung Dortmund GmbH (EDG) – gestützt durch SPD und CDU – der Kauf von Gesellschafteranteilen bei benachbarten MVAs forciert.

Inzwischen ist die Stadt Dortmund über die EDG Miteigentümerin an den Müllverbrennungsanlagen in Hamm, Hagen und Iserlohn. Gleichzeitig wurden diverse Verbrennungskontingente vereinbart. Mit der Konsequenz, dass Dortmunder Hausmüll per LKW in die Nachbarstädte gekarrt, verbrannt und als Ascherückstand zur Deponie Grevel verbracht wird. Im Gegenzug wurden Hausmüll und andere Abfälle aus anderen Kommunen akquiriert, um für eine Auslastung der Deponie Grevel zu sorgen. Dies geschah ausschließlich angesichts der gesetzlichen Übergangsfristen zur - ökologisch bedenklichen - Ablagerung von unbehandelten Abfällen bis zum 01.06.2005. Ansonsten hätten die Dortmunder BürgerInnen über die Abfallgebührenrechnung eine weitere SPD/CDU-Fehlentscheidung ausbaden müssen: die vorzeitige Abschreibung einer völlig überdimensionierten Deponie.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich für eine **Erweiterung der Recyclingwirtschaft** einsetzen. Ziel ist es, evtl. in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, weitere Möbelbörsen (z.B. Recyclinghof Körne), eine Bauteilebörse (wie z.B. in Bremen) und eine Börse für gebrauchte Fahrräder einzurichten.

Einsatz regenerativer Energien forcieren

Ansätze zur Energieeinsparung, die bereits von der Umweltverwaltung der Stadt verfolgt werden, beziehen sich auf private und öffentliche Gebäude. Unter anderem sind Anstrengungen unternommen worden, den energieoptimierten Neubau voranzutreiben. Aktuell setzen sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN für **Solarsiedlungen** und ein **zukunftsfähiges Energiekonzept** für die Phoenix-West-Fläche ein.

Ein erhebliches Potenzial bietet die energetische Altbausanierung. Ein großer Teil der insgesamt 234.000 Wohnungen in Dortmund wurde vor der ersten Wärmeschutzverordnung errichtet und muss noch nachgebessert werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden darauf drängen, dass neben den gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen auch für zusätzliche Energie-

einsparungen geworben wird. Darüber hinaus muss das Energiemanagement in städtischen Gebäuden weiter verbessert werden. Aufgrund des teilweise maroden Gebäudezustands sind die energetischen Verluste dort sehr hoch. Die schrittweise Sanierung mit den damit verbundenen Energiesanierungsmaßnahmen muss mit Priorität durchgeführt werden.

Die formulierten Erwartungen an Energieeinsparung bei Produzenten und Konsumenten sind nicht erfüllt worden. Zwar ist der Gasverbrauch gesunken, der Stromverbrauch jedoch angestiegen. Hier bedarf es erheblich größerer Anstrengungen als bisher, VerbraucherInnen zu informieren und zu beraten.

Um den Ausstieg aus der Atomenergie zu ermöglichen, muss die Energieversorgung sowohl im Wohnungsbau als auch in Gewerbegebieten zukünftig in wesentlich größerem Umfang dezentral erfolgen. In diesem Zusammenhang müssen alle Formen alternativer Energiegewinnung deutlich kommuniziert werden.

- Blockheizkraftwerke

Auch wenn Erdgas weiterhin ein zentraler Energieträger bleiben wird, so sind Blockheizkraftwerke (BHKW) schon seit längerer Zeit wirtschaftlich konkurrenzfähig. Mit ihrer gleichzeitigen Produktion von Strom ermöglichen sie eine **ungleich höhere Ausnutzung der eingesetzten Energie**. Die seit 2002 verringerte Vergütung des erzeugten Stromes muss wieder auf ein attraktives Niveau angehoben werden. Wir werden versuchen, dies zusammen mit der DEW zu erreichen.

- Photovoltaikanlagen

Durch das novellierte EnergieEinsparungsGesetz gelten für Photovoltaikanlagen auf den Dächern seit dem 1.1.04 nochmals **verbesserte Einspeisevergütungen** für den produzierten Strom, so dass die Wirtschaftlichkeit zunehmend alle anderen Alternativen in den Schatten stellt. Bündnis 90/DIE GRÜNEN formulieren für die Stadt Dortmund eine Zielzahl

von zusätzlich 5000 Photovoltaikanlagen in den nächsten 5 Jahren. Die DEW unterstützt diese Entwicklung bereits mit attraktiven Contracting-Modellen. Was fehlt, ist eine entsprechende öffentliche Wahrnehmung und eine Vorbildwirkung bei städtischen Immobilien, aber auch bei sonstigen zentralen Gebäuden in der Stadt. Insbesondere bei neuen Gebieten wie Phoenix-West und Phoenix-Ost, der zukünftigen Entwicklung der Westfalenhütte, aber auch vielen Teilbereichen in neuen Wohngebieten (Solarsiedlungen etc.) werden wir diese Entwicklung zu unserem Anliegen machen.

- Geothermie

Der Einsatz von Geothermie (Erdwärme) bietet gleichzeitig **enorme Klimaschutz- und Einsparpotenziale**. Ohne finanziellen Mehraufwand ist eine Kosteneinsparung bei Heizenergie und Warmwasser von 75% innerhalb von 10 Jahren möglich. Dies gilt für Bürogebäuden, öffentliche Einrichtungen (Schulen, Bäder) und Wohnhäuser gleichermaßen. Sollte gar die Erneuerung der Heizungsanlage anstehen, tritt – zumal bei steigenden Energiepreisen – der Spareffekt deutlich eher ein. Aus diesem Grund werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN sich dafür einsetzen, einen Technologieschwerpunkt Geothermie sowohl in Forschung und Entwicklung als auch im ausführenden Gewerbe in Dortmund zu etablieren. Dadurch können sowohl High-Tech- als auch „Blaumann“-Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zur Konsolidierung der Startphase werden gleichzeitig durch entsprechende Aufklärungs- und PR-Maßnahmen möglichst viele lokale Kunden aus den Bereichen Wirtschaft und öffentliche Hand sowie private Wohnungsbesitzer angeworben.

Am so genannten **Ökoprofitprojekt** beteiligen sich inzwischen 25 Betriebe. Pro Jahr werden ca. 10 Betriebe bei der Umsetzung betrieblicher Umweltschutzmaßnahmen begleitet. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass diese Zahl bedeutend gesteigert wird. Notwendig ist eine offensive Werbung, die mit entsprechenden Beratungsangeboten verknüpft wird.

- Regenerative Energien

Die Hauptlieferanten für regenerative Energien sind heute Wind, Gruben- und Deponiegas. Im Jahr 2006 wird durch **Biomasse** weiteres Potenzial bereitgestellt – ein Projekt, das auch von Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützt wird.

Die Wärmeversorgung durch die Nutzung regenerativer Energien wurde bisher ebenfalls nur in geringem Maße eingesetzt. Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Bemühungen, u.a. über den Solarfonds Dortmund, Projekte und entsprechende Investitionen anzustoßen, die zur Installation größerer Anlagen und damit zur Steigerung der Leistungsquote führen. Das Programm „Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen in NRW“ bietet sowohl Privathäushalten als auch kleinen und mittleren Unternehmen unterschiedliche Förderquoten für die jeweiligen Vorhaben. Die Höhe der Zuschüsse muss den zukünftigen Hausbesitzern und Unternehmen mehr als bisher bekannt gemacht werden. Um eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen, ist eine **Förderung der Holzpellettheizungen** nötig. Auf entsprechende Fördermittel des Landes (Hafö) ist dringend hinzuweisen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich kontinuierlich für **weitere Maßnahmen der ökologischen Modernisierung** ein, sobald neue wissenschaftliche Erkenntnisse oder neue Produkte bzw. Verfahren verfügbar sind. Dies kann z.B. die Technik der Straßenbeleuchtung betreffen oder die Modernisierung des Fuhrparks der Stadtwerke (Busse mit Motoren, die mit Erdgas oder Brennstoffzellen betrieben werden).

2. Wohnen

Das Thema Wohnen ist für den neuen Flächennutzungsplan von zentraler Bedeutung. Allerdings erweist sich das Angebot mit über 800 ha noch zu bebauender Freifläche (in bestehenden und neu aufzustellenden Bebauungsplänen) aus GRÜNER Sicht als allzu üppig.

Sparsamer Flächenverbrauch

GRÜNE Politik fordert Prioritäten bzw. **Grenzen für die Vermarktung neuer Wohnbauflächen**. Das heißt insbesondere jene Flächen zu schützen, die für den Natur- und Landschaftsschutz eine wichtige Bedeutung haben.

Auch wenn Gutachten von fast gleich bleibenden Einwohnerzahlen (-1,1%) und steigenden Arbeitsplatzzahlen ausgehen, so darf das nicht bedeuten, dass der Maximalbedarf einer mutmaßlichen Entwicklung der nächsten 12-15 Jahre bereits jetzt gedeckt wird. Gemeinsam mit den Umweltverbänden sehen wir hier schützenswerte Flächen von ca. 200 ha - verteilt über alle Stadtteile. Auch wenn ein Überangebot an Flächen vermeintlich die Preise dämpft, so entstehen auf der anderen Seite immer mehr Gebiete, die nicht vollständig bebaut bzw. erschlossen sind und damit über Jahre eine immerwährende Baustelle darstellen. Ein Bild, das gerade für das Image der neuen Gebiete wenig förderlich ist. Zusammenhängende Grünflächen werden dafür unnötig zerschnitten und damit gleichzeitig jene Wohnqualitäten vernichtet, die für Standortentscheidungen eine wesentliche Rolle spielen.

Wohnungsbau in Dortmund bedeutet seit einiger Zeit in erster Linie den Bau von Einfamilienhäusern. In Dortmund gilt es zwar den immer noch vorhandenen Nachholbedarf im Vergleich zum Bundesdurchschnitt zu bedienen, allerdings mit der Vorgabe „qualitätsvoll und preiswert“.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen ihre Schwerpunkte hier vor allem bei der Unterstützung der **energetischen Optimierung** von Gebäuden und Siedlungen. Diese Vorgabe umfasst sowohl die Priorisierung der Standorte mit guter ÖPNV-Erschließung als auch die Reduzierung des Energieverbrauchs bzw. die Nutzung regenerativer Energien durch die Haushalte. Staatliche Vorgaben wie der Niedrigenergiehausstandard sind wichtig und kommunal durch Alternativen oder Ergänzungen zur üblichen Energieversorgung zu unterstützen, z. B. durch Solarsiedlungen, die Förderung von Passivhäusern, die Nutzung von Erdwärme oder Photovoltaik. Bebauungspläne müssen

hier in Zukunft einen Anschlusszwang für Teilbereiche vorsehen, damit diese Wirtschaftlichkeit weiterentwickelt werden kann. Wie in anderen Städten auch, fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass die Stadt Dortmund diese Maßnahmen durch entsprechende Grundstückskaufverträge vorbildlich sichert. Energieversorger wie die DEW unterstützen solche Maßnahmen schon jetzt beispielhaft.

Vielfalt der Wohnformen

Weiterhin ist es notwendig, innerhalb der Baugebiete **alle Wohnformen nebeneinander** zu entwickeln, d.h. Mietwohnungen sollten genauso ihren Platz haben wie Eigenheime, Wohnprojekte für unterschiedliche Zielgruppen, Angebote für junge und alte Menschen. Neue Nachbarschaften – gemeinschaftsorientierte Wohnformen von Jung und Alt –, ein Thema das zunehmend InteressentInnen gewinnt, weil es in einer Zeit von Individualismus auf der einen Seite und Einsamkeit auf der anderen Seite für Menschen jeden Alters eine neue Wohn- und Lebensqualität schafft. Die Vermarktung ganzer Quartiere an Wohngruppen bietet die Chance, innerhalb eines Quartiers Wohnungen, Büros, Cafés und andere Infrastruktureinrichtungen zu entwickeln. Städte wie Freiburg und Tübingen haben dies bereits realisiert. Gebiete wie der Güterbahnhof Ost bieten ähnliche Chancen, insbesondere als autoarmes Wohnquartier.

Wohnungsbestand optimieren

Quartiersentwicklung mit sozialem Anspruch gilt insbesondere auch für den Wohnungsbestand. Der Wohnungsmarkt umfasst immer nur zu einem geringen Teil den Neubau, der weit größere Teil liegt beim Bestand – das gilt sowohl für den normalen Wohnungsbau als auch für alternative Projekte.

Der Wohnungsmarkt ist z. Zt. offen, allerdings nicht im unteren Preissegment. Preiswerte Wohnungen sind weiterhin Mangelware, öffentlich geförderte Wohnungen werden in den nächsten Jahren in großem Umfang aus den Bindungen

entlassen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich für behutsame **Strategien zur Sicherung** dieser Bestände einsetzen, die gleichzeitig eine Gettoisierung vermeiden.

Umfangreiche Verkäufe von großen Wohnungsunternehmen (z.B. Viterra) sind zwar auf kommunaler Ebene kaum zu beeinflussen, spielen jedoch für die weitere Entwicklung der verkauften Bestände und ihres Umfeldes eine große Rolle. Sie verunsichern die Mieterschaft, führen vielfach zu Privatisierungen und damit letztlich zur Vertreibung eines großen Teils der BewohnerInnen. Für den Teil der Bestände, die aufgrund von Mängeln, z.B. Lagenachteile o. Ä. nicht zu verkaufen sind, droht eine Entwicklung, die ohne weitere Investitionen aus den Häusern „das Letzte“ herausholt.

Bekannt sind diese Probleme in Großwohnsiedlungen wie dem Dorstfelder Hannibal. Sie strahlen aus auf die Nachbarschaft, auf das Quartier und bedrohen damit letztlich auch andere Bestände.

In diesen Problemgebieten muss Politik zusammen mit Wohnungsunternehmen und MietervertreterInnen so früh wie möglich gegensteuern. Die Möglichkeiten reichen vom (Teil-)Abriss, insbesondere wenn auch energetisch keine zeitgemäße Lösung zu vertretbaren Kosten möglich ist, bis zum gezielten Leerzug und der Vergabe an gemeinschaftsorientierte Zielgruppenprojekte.

Bei Altbauten besteht, im Hinblick auf ihre energetische Situation/Heizkosten, ein großer Handlungsbedarf. In Dortmund ist die energetische Zertifizierung von Altbauten (Energiepass) ein Schritt in die richtige Richtung. Neben einer weiteren öffentlichen Werbung und Auszeichnung von „best practice-Beispielen“ kann die energetische Optimierung durch Berücksichtigung im Mietwertespiegel, der regelmäßig aktualisiert wird, unterstützt werden.

Bestände werden in Zukunft immer mehr um langfristige MieterInnen konkurrieren. Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen alle Maßnahmen, die Angebote im Umweltbereich initiieren. Ein Beispiel ist das MieterInnenmobil, d.h. ein VRR-Ticket als

Zugabe zur Miete oder Car-Sharing-Modelle zur Reduzierung der Kosten für das 1. oder 2. Fahrzeug im Haushalt (z. Zt. Agenda-Projekt). Solche Maßnahmen müssen Standortfaktoren werden, damit sie auch ohne öffentliche Unterstützung Nachahmer finden.

3. Stadtentwicklung

Dortmund ist eine moderne Stadt im östlichen Ruhrgebiet mit vielfältigen Ausstrahlungen ins westfälische Umland. Hier finden wir noch eine lebendige Innenstadt umgeben von selbstbewussten Stadtbezirkzentren und verträumten, dörflichen Siedlungen. Diesen typischen Dortmunder Charakter gilt es zu stärken.

Eine attraktive Stadt lebt vom bunten Miteinander aus Wohnen, Einkaufen, Arbeiten, Produzieren, Erholen, Flanieren und Spielen, von Gastronomie und Kultur, einladenden Stadtgärten und Parks, Handel und Gewerbe.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen **eine Stadt der kurzen Wege**, in der diese unterschiedlichen Funktionen wieder zusammengeführt werden. Dabei darf nicht vergessen werden, wie wichtig es ist, die Lebensqualität in den Nebenzentren zu erhöhen und dezentrale Versorgungsstrukturen für die in Dortmund lebenden Menschen zu sichern.

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet stellt auch Dortmund vor große Herausforderungen. Standorte mit Altlasten, industrielle Brachen und eine nicht mehr zeitgemäße industrielle Infrastruktur bedeuten für die Stadtentwicklung aber nicht nur Probleme, sondern bieten auch einmalige Chancen (z. B. die Entwicklung der Phoenix-Flächen). Hier wie auch bei der Diskussion um den neuen Flächennutzungsplan haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN versucht, den unterschiedlichen Ansprüchen an den „Stadt-Raum“ – Wirtschaftsflächen, Wohnbauflächen, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Verkehrsinfrastruktur – unter ökologischen und sozialen Kriterien gerecht zu werden.

Die Innenstadt beleben

Um Leben in die City zu bringen ist es wichtig, dass hier neue Wohnungen entstehen. "Wohnen in der City" ist für Familien und Singles, für jüngere und ältere Menschen eine durchaus reizvolle Angelegenheit. Die innerstädtischen Brauereibrachen bieten den nötigen Raum für eine lebendige Mischung aus Wohnungen, Einzelhandel, Kultur und Gastronomie.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben sich deshalb für die **Entwicklung des Union-Geländes** und den Erhalt des Brauereihochhauses, das Dortmunder U, eingesetzt. Wir wollen auch für das **Thier-Gelände** ein Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten, Handel und Gastronomie erreichen. Im **Brückstraßenviertel** müssen die Bemühungen noch verstärkt werden, diese bunte Mischung dort zu etablieren, die das Viertel zum Anziehungspunkt für Junge und Junggebliebene macht, in dem der Döner-Imbiss genauso Platz hat wie die feine Küche. Dass das Konzerthaus, das wir aus Kostengründen in dieser Form stets abgelehnt haben, die gewünschte Belebung fördern kann, halten wir weiterhin für sehr fraglich.

Hauptbahnhof ja – aber kein Einkaufszentrum mit Gleisanschluss

Die derzeitigen Pläne für den Hauptbahnhof, das 3do, sind aufgrund des übergroßen Anteils an Fläche für Einzelhandel und Entertainment für die weitere Entwicklung der City äußerst problematisch. Auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die **Erneuerung des Hauptbahnhofs** ein. Wir wollen aber in erster Linie eine kundInnenfreundliche Verkehrsstation, die bequeme und schnelle Umsteigemöglichkeiten erlaubt. Wir wollen einen Bahnhof, der städtebaulich ins Umfeld passt und für FußgängerInnen und RadfahrerInnen eine barrierefreie Brücke zwischen der südlichen und nördlichen Innenstadt schlägt. Die Bahnhofsvorplätze im Norden wie im Süden sollen attraktiv gestaltet werden.

Auch die anderen Innenstadtplätze und -straßen (z.B. Hansaplatz und Hansastrasse sowie die Kirchenvorplätze an der

Petri- und der Reinoldikirche) bedürfen aus unserer Sicht einer attraktiveren Gestaltung mit viel Grün, Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten für Alt und Jung. Sie sollen zudem Platz bieten für kulturelle Veranstaltungen. Hier muss Qualität allerdings vor Quantität gehen; reine Schaustellerfeste sollten zugunsten spezieller Kulturangebote (Festivals, Kleinkunst, Büchermarkt etc.) aufgegeben werden.

Stadtteile stärken

Urbanität beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Innenstadt – gerade auch in den Dortmunder Nebenzentren mit ihren unterschiedlichen Strukturen, die vom dörflichen Kern bis zur Kleinstadt reichen, findet städtisches Leben statt. Vor allem angesichts der zunehmenden Alterung der Bevölkerung gewinnen die Vororte an Bedeutung. **Wohnortnahe Versorgung** mit Geschäften, kulturellen Angeboten und sozialen Einrichtungen sowie gute **Nahverkehrsverbindungen** zur Innenstadt und zwischen den Stadtteilen sind für die Lebensqualität von wesentlicher Bedeutung, insbesondere für Eltern und Kinder, für Jugendliche und alte Menschen.

Im Rahmen des städtischen Einzelhandelskonzepts, des Quartier- und Stadtteilmanagements werden sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN weiterhin dafür einsetzen, dass die Nebenzentren gestärkt und zenterschädlicher Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ verhindert wird. Projekte zur Versorgung mit Lebensmittelbussen u. Ä. werden wir dagegen unterstützen. Zur Stärkung der Nebenzentren und Vororte gehören auch Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung und Stadtgestaltung, wie sie auch in der Innenstadt durchgeführt werden. Auch hier gilt es, eine gesunde Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Sport und Erholung zu ermöglichen.

Verträgliche Wirtschaftsflächen entwickeln

Die Zukunft der Gewerbe- und Wirtschaftsflächenentwicklung liegt für uns nicht in einer aggressiven, Freiflächen verbrau-

chenden Ansiedlungspolitik. Die Thyssen-Krupp-Brachflächen werden in einem im Ruhrgebiet noch nie realisierten Tempo für neue Nutzungen frei geräumt. Potenziell kann in Dortmund der Wirtschaftsflächenbedarf weitgehend auf den Brachflächen des Stadt- und Regionalgebietes befriedigt werden. Dafür setzen wir uns bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und bei der späteren Umsetzung vehement ein.

Im regionalen Konsens mit Nachbarkommunen, bei Beachtung aller schützenswerten Freiräume sowie mit **Nutzung und Revitalisierung aller zur Verfügung stehenden Brachflächen ehemaliger Industriegelände** werden wir den wirtschafts- und umweltverträglich Auf- und Ausbau sowie Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen fördern.

Ein größerer Platzbedarf für die Industriebranchen der Moderne wird sich der Flächenangebote auf dem Phoenix-West-Gelände und der Stadtkrone-Ost bedienen können.

Bisher unangetastete Flächen rund um Technologiezentrum und Technologiepark werden mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch weiterhin unangetastet bleiben. Selbst sinnvollen Initiativen für interkommunale Gewerbegebiete dürfen keine schützenswerten Naturräume (wie z.B. am Groppenbruch) zum Opfer fallen.

Phoenix-Gelände als ökologischer Stadtteil

Die Idee der städtebaulich faszinierenden Perspektive eines Sees auf Phoenix-Ost unterstützen wir. Die finanziellen Risiken müssen dabei in jeder Phase überschaubar bleiben.

Bei der Realisierung setzen wir uns besonders für folgende Punkte ein:

- Es muss ausreichende und attraktive Bereiche sowohl für den **Naturschutz** als auch für die **Naherholung** geben. Hier ist besonders eine Erweiterung des Freizeitbereiches am südlichen Ufer zu nennen.
- Die **Vernetzung der Ost- und Westfläche** muss eine ausreichende Breite aufweisen und so gestaltet werden, dass

sowohl attraktive Fuß- und Radwegeverbindungen als auch eine Stützung des Biotopverbundes erreicht wird. Dazu gehört neben der renaturierten Emscher auch der Bereich der heutigen Elias-Bahn.

- Um das erhöhte Verkehrsaufkommen im schon jetzt überlasteten Stadtbezirk möglichst gering zu halten, ist der **Bau einer Stadtbahnlinie** von der B45 über Phoenix-West, Hörde-Zentrum, Phoenix-Ost bis nach Berghofen unumgänglich. Zusätzlich sichert nur eine derartige Stadtbahnlinie die Bindung der Beschäftigten und AnwohnerInnen auf den neuen Flächen an das Stadtteilzentrum und die Dortmunder Innenstadt.
- Bei der notwendigen Verbringung des Bodenaushubes von ca. 1 Mio. m³ von Phoenix-Ost nach Phoenix-West muss die Belastung für die AnwohnerInnen minimiert werden. Der Transport muss über die Trasse der Elias-Bahn erfolgen, vorrangig über Förderbänder.

Willkommen im Regionalverband Ruhr

Die **Schaffung handlungsfähiger regionaler Strukturen** und die Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung stehen für Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Mittelpunkt der notwendigen Verwaltungsreform für das Ruhrgebiet.

Die Kirchturmpolitik einiger Ruhrgebietsstädte hat oft genug eine Bündelung der Anstrengungen zur Bewältigung des Strukturwandels verhindert. Die Zerschneidung des Ruhrgebiets in drei Regierungsbezirke (Düsseldorf, Münster, Arnsberg) hat die regionale Zusammenarbeit und die Positionierung des Ruhrgebiets im globalen „Wettbewerb der Regionen“ zusätzlich erschwert.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb den Prozess einer **umfassenden Verwaltungsreform**, an deren Ende eine einheitliche Verwaltung für das Ruhrgebiet mit einem direkt gewählten „Ruhrgebietsparlament“ stehen soll. Regionale Zusammenarbeit über die Stadtgrenzen hinaus ist für die Zukunft des Ruhrgebiets unverzichtbar. Sowohl hinsichtlich der Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen, dem Er-

halt und Ausbau zusammenhängender Grün- und Freiflächen, der ruhrgebietsweiten Mobilitätsplanung, der Wirtschaftsförderung, der Öffentlichkeitsarbeit als auch der Kulturpolitik.

Im Oktober 2004 wird mit der Gründung des Regionalverbands Ruhr (RVR) ein wichtiger Schritt für das Zusammenwachsen der Region Ruhrgebiet unternommen. Ein vielfältiges und selbstbewusstes Ruhrgebiet wird den BürgerInnen der Stadt Dortmund einen attraktiven Lebens-, Freizeit- und Arbeitsraum bieten.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen das Ruhrgebiet zu einer zukunftsfähigen Region entwickeln.

4. Verkehr

Die Straße gehört allen

Nach jahrzehntelanger Auto-Vorrang-Politik fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN für Dortmund eine deutliche **Förderung des Umweltverbands**, um die schlimmsten Folgen für FußgängerInnen, RadfahrerInnen und den ÖPNV zu mildern. Die Interessen der unterschiedlichen VerkehrsteilnehmerInnen sollen gleichrangig berücksichtigt werden.

Neben dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs findet der Radverkehr inzwischen zunehmend Berücksichtigung in der städtischen Verkehrsplanung. Zukünftig gilt es, dem Fußverkehr verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen. Denn beide Verkehrsarten sind nicht nur umweltverträglich, sondern auch gesundheitsfördernd – ein Aspekt, der mittlerweile in zahlreichen europäischen Ländern Beachtung findet. Beide Verkehrsarten benötigen entsprechende Wegebreiten und Fahrbahnqueerungsmöglichkeiten, beispielsweise Zebrastreifen oder eigene Signale für den Radverkehr. Besondere Probleme ergeben sich an Dreiecksinseln, auf gemeinsam zu nutzenden Wegen oder mit FalschparkerInnen. Statt vor bis zu drei Ampeln zu warten, sollen RadfahrerInnen und FußgängerInnen wie Autos jede Straße mit einem Mal kreuzen können. Die Dreiecksinseln an Kreuzungen sollen abgeschafft werden.

Mit der Zusammenlegung ihrer Wege ist RadfahrerInnen und FußgängerInnen in den letzten Jahrzehnten viel Ärger und Verdruss aufgezwungen worden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen daher Radwege auf Bürgersteigen zugunsten der FußgängerInnen aufheben. Kombinierte Rad-Fußwege soll es nur noch außerhalb der Bebauung geben.

Verstöße von AutofahrerInnen (z.B. Parken auf Rad- und Fußwegen), die den Rad- und Fußverkehr beeinträchtigen, müssen verstärkt sanktioniert werden. Wenn durch rücksichtslose AutofahrerInnen das Leben von RadfahrerInnen und FußgängerInnen gefährdet ist, müssen **Hindernisse für die AutofahrerInnen** und nicht, wie bisher, für RadfahrerInnen gebaut werden (z.B. das Schild „Radfahrer absteigen“).

Bauliche Maßnahmen sind so zu konzipieren, dass AutofahrerInnen in der Lage sind, FußgängerInnen und RadfahrerInnen wahrzunehmen, um so einen angepassten Fahrstil entwickeln zu können. Mittelfristig sollten Ampeln durch mehr Zebrastreifen ersetzt werden.

Radwegenetz optimieren und erweitern

Der Dortmunder **Masterplan Mobilität** sieht eine Steigerung des Radverkehrsanteils von 6% auf 12% vor. Damit das Fahrrad wieder einen höheren Anteil am Verkehrsaufkommen erreicht, muss die Infrastruktur Dortmunds zum Radfahren einladen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen **Hindernisse beseitigen**, die der Benutzung des Fahrrades im Wege stehen. Das betrifft nicht nur das Radverkehrsnetz und die Wegweisung, sondern auch den ruhenden Radverkehr. Handlungsbedarf besteht überall.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern für den Radverkehr in Dortmund eine **flächendeckende Wegweisung**, die sich in das "Radverkehrsnetz NRW" einfügt. Die wichtigsten Verbindungen (z.B. Stadtteile-City, Routen zur Uni und den Bahnhöfen) sollen durch Radverkehrsachsen miteinander verbunden werden. Dieses Haupttroutensystem wird durch Neben- und Zubringerstrecken ergänzt und erhält eine entsprechende Wegweisung.

Die bestehenden Radverkehrsanlagen müssen in dieses Zielkonzept eingeordnet und Mängel beseitigt werden. Die Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs sind nach Dringlichkeit in einer Prioritätenliste zu hierarchisieren. Grundlage der Netzplanung soll eine Analyse der Quell- und Zielverkehre beim Radverkehr sein und nicht – wie bisher – zufällig anstehende Straßenbaumaßnahmen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass RadfahrerInnen geradlinig über Kreuzungen geführt und Umwege vermieden werden. Alle Einbahnstraßen sollen für RadfahrerInnen in Gegenrichtung geöffnet werden. Neue Radwege sollen als Radfahrstreifen auf der Fahrbahn markiert und asphaltiert werden. An kombinierten Rad-/Fußwegen, die in Breite und Verkehrsführung (Stetigkeit!) den Anforderungen der StVO nicht entsprechen, muss die Benutzungspflicht aufgehoben werden. Die vorhandenen Radverkehrsanlagen sollen kontinuierlich gereinigt und saniert werden.

Das vorhandene Angebot an Radabstellanlagen ist zu überprüfen und gegebenenfalls zu modifizieren, besonders in den Nebenzentren und an Umsteigeknotenpunkten. In Wohnquartieren sollen bei Bedarf private **Fahrradhäuschen** durch öffentliche Zuschüsse gefördert werden (wie im Stadtbezirk Innenstadt-West).

Im Hauptbahnhof soll in einem der vier vorhandenen Tunnel eine Nord-Süd-Querungsmöglichkeit für RadfahrerInnen geschaffen werden. Die Fahrradservicestation mit 1000 Abstellplätzen am Hauptbahnhof ist nach dem Landesprogramm „100 Fahrradstationen in NRW“ auszubauen und beim Bahnhofsumbau im Bereich der Nord-Süd-Fahrradachse zu integrieren. An wichtigen Verknüpfungsstellen zum ÖPNV sollen **überdachte Radabstellanlagen** errichtet werden.

Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft „fahrradfreundliche Städte und Gemeinden“ soll kurzfristig realisiert werden. Für Dortmund soll diese Mitgliedschaft Ansporn und Verpflichtung werden, sich als Stadt für RadfahrerInnen stark zu machen: mit Imagekampagnen für das Umsteigen aufs Rad werben, kommunalen „Parke nicht auf unseren Wegen“-Aktionen und mit der regelmäßigen Teilnahme am autofreien Sonntag.

Lebensraum Straße: nicht allein zum Fahren da

Straßen sind öffentlicher und vielfältig nutzbarer Raum. In Dortmund sind sie weitgehend von parkenden und fahrenden Autos besetzt. Eine Veränderung dieser Nutzungsstruktur kann nur durch ein **Gesamtkonzept zur Verkehrsminderung** erreicht werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen **Lärm und Abgase verringern** und die Lebens- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum erhöhen. Wenn die AnwohnerInnen es wünschen, unterstützen wir eine großflächige Parklizenzierung in der Innenstadt.

Mit dem Anbringen von Schildern ist Tempo 30 nicht durchgesetzt, flankierende bauliche Einschnitte in den Straßenraum sind erforderlich. Notwendig ist eine konsequente Verkehrsüberwachung, um Geschwindigkeitsüberschreitungen zu ahnden und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine **Verminderung des Parkplatzangebotes** in der City. Die Einführung der „Brötchentaste“ an Parkautomaten lehnen wir ab, weil dies zu erhöhtem Kfz-Verkehr in der Stadt führt und die Überwachung nicht gesichert werden kann.

Um die Zahl der Lieferfahrzeuge in der City möglichst klein zu halten, ist eine Sammelanlieferung sinnvoll. Geschäfte und Firmen, die direkt in der Fußgängerzone beliefert werden, lassen sich ihre Waren zentral in einem Lager anliefern und dann mit einem Fahrzeug bringen.

Als Schleichwege belastete Wohnstraßen können durch Absperren in der Mitte (Sackgasse) verkehrsberuhigt werden. Kinder könnten dort wieder gefahrlos spielen, die Wohnqualität würde gesteigert, der Lebensraum aufgewertet.

Bei neuen Baumaßnahmen soll auf die nach dem novellierten Bau-gesetzbuch zu schaffende Anzahl von Fahrradabstellanlagen geachtet und keine weiteren PKW-Parkplätze errichtet werden. Aus ökologischer Verantwortung treten Bündnis 90/DIE GRÜNEN beim Straßenbau schon immer für eine **Beschränkung auf das Notwendige** ein. Durch Ausgleichsmaßnahmen für jeden Quadratmeter neue Straße, der in einem Kataster erfasst

wird, muss die natürliche Umwelt geschützt und entwickelt werden.

Mit Hinweis auf die Fußballweltmeisterschaft werden überdimensionierte Straßenbau- und Verkehrsprojekte in Angriff genommen, so als kämen die ZuschauerInnen aus aller Welt mit dem Auto zu den Spielen. Einen vierspurigen Ausbau der Hohen Straße halten wir mit und ohne WM für völlig unnötig. Wir befürchten hier eine Verödung wie bei der Märkischen Straße.

Neue Straßen lösen keine Verkehrsprobleme. Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnen den Ausbau der Semerteichstraße, der Südostumgehung Aplerbeck, der A 44 (DüBoDo) und der OW IIIa über Asseln hinaus ab. Den Ratsbeschluss, die Universitätsstraße zurück zu bauen, wollen wir endlich umgesetzt sehen.

Nach wie vor sind wir gegen eine Untertunnelung der B1. Sollten wir sie nicht verhindern können, muss sie den städtebaulichen Belangen Rechnung tragen. Für die Nacht soll ein Durchgangs-Fahrverbot für LKW durchgesetzt werden.

Mobil mit Bus und Bahn

Ziel GRÜNER Mobilitätskonzepte ist, die City und die Nebenzentren für alle schnell, bequem und sicher mit Bus und Bahn erreichbar zu machen – besonders auch für mobilitätseingeschränkte Personen. Durchgängige **Barrierefreiheit** durch **niveaugleichen Einstieg und behindertengerechte Wege** sind in Dortmund noch immer nicht flächendeckend durchgesetzt.

Der öffentliche Personennahverkehr muss weiter durch Ampelvorrangschaltungen und eigene Spuren für Busse und Bahnen beschleunigt werden. Ein schnelleres, flexibleres Informations- und Störfallmanagement soll dauerhaft zu einer Verringerung der Verspätungsanfälligkeit beitragen. Auch wenn wir **die Aufenthaltsdauer** an Haltestellen verkürzen wollen, muss die Aufenthaltsqualität durch attraktive Gestaltung – Wartehäuschen an jeder Haltestelle – verbessert werden. Zudem fordern wir die **kostenlose Fahrradbeförderung** für Semester- und

Young-Ticket-BesitzerInnen.

Wir brauchen in Dortmund eine Mobilitätsberatungsinsel im Automeer. Denn offensive Werbung für Busse und Bahnen gehört dahin, wo Noch-AutofahrerInnen als neue KundInnen zu gewinnen sind: an einen exponierten, oberirdischen Platz in der City. Servicepunkte in den Katakomben, in die nur U-Bahn-Fahrgäste kommen, sind der falsche Platz für eine Mobilitätszentrale, die für den Umweltverbund, Car-Sharing und ÖPNV Reklame machen soll. Mobilitätsmanagement als Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit für Busse und Bahnen soll in den Nachbarkommunen nicht mit dem Argument der vielen Parkplätze, sondern mit Informationen über das ÖPNV-Angebot werben.

Für die Fußballweltmeisterschaft werden 30 Millionen € in die Verkehrsinfrastruktur des motorisierten Verkehrs von Dortmund investiert, für den Ausbau und die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur fast nichts. Dabei gibt es genug Problemstrecken:

- Die **Bahnlinie Dortmund/Münster** muss endlich zweigleisig ausgebaut werden;
- eine **S-Bahn-Verbindung** auf eigenem Gleiskörper **über Kamen nach Hamm** vermisst der Nordosten Dortmunds seit Jahren;
- auch für den Fall, dass die S 4 nach Castrop-Rauxel finanziert und weitergebaut wird, ist der **Verkehr auf der Emschertalbahn**, möglichst eingebettet in eine Stadtbahnanbindung des Jungferntals, zu erhalten.

Die Planungen für den neuen Bahnhof, das 3do, berücksichtigen RadfahrerInnen nur unzureichend: weder die ebenerdige Querung noch die Radstation ist gesichert. Ein Kaufhaus mit Parkhaus, Hotel und Gleisanschluss lehnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN entschieden ab.

Bisher eine Vision: Integrierte Bahnnetze

Wie man einen an sich guten Ansatz aufs Abstellgleis fährt, hat die Nahverkehrsverwaltung einmal mehr beim Umgang mit dem Konzept für einen attraktiven ÖPNV für die Region

und das **O**berzentrum Dortmund – **KARO** – bewiesen. Derzeit verbinden Stadtbahnstrecken in einem Netz sowie S-Bahn- und Regionalbahnlinien in einem anderen Netz die Vororte mit der Innenstadt Dortmunds. Leider sind die Schienennetze nicht wie in Karlsruhe oder zwischen Köln und Bonn verwoben. Vor dem Hintergrund der täglichen 85.000 Ein- und 55.000 AuspendlerInnen ist dies allerdings erforderlich, um den Anteil des motorisierten Pendelverkehrs nachhaltig zu reduzieren. Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern eine **Neubewertung der KARO-Ergebnisse**, um mit integrierten Netzen im Sinne einer Regional-Stadtbahn sowie mit Hybridzügen (z.B. fährt der erste Wagen mit Wasserstoff-Antrieb, der angekoppelte mit Stadtbahnstrom) zu einer Aufwertung des Schienennetzes zu kommen. Nur so kann man zukünftig von Herdecke umsteigefrei zum Stadtgarten fahren. Ein solches Netz muss mittelfristig durch ein **oberirdisches Straßenbahnnetz** ergänzt werden.

In der verkehrspolitischen Diskussion Dortmunds wird dem Stadtbahnbetriebskonzept derzeit eine höhere Bedeutung beigemessen als dem KARO-Gutachten. Oberste Priorität bei Stadtbahnverlängerungen liegt für Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der **Verzahnung von Stadtentwicklung und öffentlichem Verkehr**. Vorrangig sind Siedlungsschwerpunkte wie Wellinghofen/Jungferntal und Arbeitsstättenschwerpunkte wie Phoenix-West oder das Gelände der Westfalenhütte anzubinden. Eine Aufwertung des Flughafens durch eine Stadtbahnanbindung werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht mitmachen. Auf der zukünftigen West-Ost-Stadtbahnstrecke fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN den **Einsatz modernster Niederflurbahnen** mit 15 cm Fahrzeugbodenhöhe (wie z.B. in Wien), die einen Ausstieg auf Fahrbahnniveau ermöglichen und Bahnsteigneubauten überflüssig werden lassen. Eine derartige Umorientierung vom Mittel- zum Niederflersystem ist einer ergebnisoffenen Prüfung zu unterziehen.

DEMOKRATISCHES DORTMUND

Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN gehört mehr zu einer demokratischen Gesellschaft als nur das Recht, in einem bestimmten Abstand VertreterInnen von Gemeinde-, Bundes- und Europaparlamenten zu wählen.

Auf der unverrückbaren **Grundlage der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte** bedeutet – insbesondere auf kommunaler Ebene – Demokratie für uns:

- die Möglichkeiten der BürgerInnen unserer Stadt zur kontinuierlichen Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen zu stärken,
- allen Formen von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Glaube oder sexueller Orientierung entgegenzutreten,
- die Rechte des Individuums gegenüber Staatsgewalt und Verwaltung zu sichern und weiterzuentwickeln.

Das Aufbrechen der alten Mehrheitsverhältnisse in Dortmund hat nach der letzten Kommunalwahl neue Spielräume eröffnet und, wenngleich in noch deutlich begrenztem Umfang, erste Verbesserungen bewirkt. Diese Entwicklung voranzutreiben ist erklärtes Ziel von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Dortmund.

1. BürgerInnenbeteiligung

Ohne die aktive und kontinuierliche Beteiligung ihrer BürgerInnen kann Demokratie nicht existieren.

Mit der Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre haben bereits Jugendliche die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene die Zusammensetzung der Kommunalparlamente mitzubestimmen. Der Wegfall der 5%-Hürde eröffnet auch kleinen Parteien oder WählerInnengemeinschaften den Zugang zu den Gemeindevertretungen, und mit der Einführung von Bürgerbegehren und -entscheid können endlich auch während der

laufenden Ratsperiode politische Anliegen durch die WählerInnen eingebracht und durchgesetzt werden. Das politische Engagement wird nur dann zu stärken sein, wenn die BürgerInnen den Eindruck gewinnen, dass ihr Einsatz etwas bewegt.

Hier war das von Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützte Bürgerbegehren zum Erhalt der Hortplätze in Dortmund ein wichtiges Signal. Hierzu gehört weiterhin das **Rederecht für PetentInnen im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**, mit dem diese erstmals in eigener Sache das Wort ergreifen können und nicht wie in früheren Zeiten als stumme Zuhörer den Ausführungen der Verwaltung folgen mussten.

Zur Attraktivitätssteigerung politischer Mitwirkung zählt in jedem Fall die **Erweiterung der Rechte und Pflichten der Bezirksvertretungen**. Diese benötigen eine Erhöhung der verfügbaren Budgets und eine Stärkung der organisatorischen Voraussetzungen für einen eigenständigen Zugriff auf die Verwaltung. Entscheidungen, die sich auf das unmittelbare Lebensumfeld der BürgerInnen auswirken, sollten auch weitestgehend dort getroffen werden.

BürgerInnenbeteiligung an den Haushaltsplanungen

Wer BürgerInnenbeteiligung ernst meint, muss sie vor allem dort zulassen, wo die entscheidenden Weichen gestellt werden: bei der Priorisierung und finanziellen Ausstattung der verschiedenen kommunalen Aufgaben und Handlungsfelder.

Die brasilianische Stadt Porto Alegre spielt beim Thema BürgerInnenhaushalt eine Vorreiterrolle und wird von der UNO gepriesen. Auch in Deutschland gibt es Modellprojekte, z.B. in Hamm und Castrop-Rauxel.

Eine Haushaltsplanung, bei der die finanziellen Verhältnisse und Optionen offen gelegt und erläutert werden, bei der die BürgerInnen Stellung beziehen und Ideen einbringen können, letztendlich aber der Rat die Entscheidung trifft und die politische Verantwortung übernimmt, hat Einiges für sich:

- die „ExpertInnen vor Ort“ liefern Detailkenntnisse sowie un-

bürokratische Ideen und Vorschläge,

- die RatsvertreterInnen bekommen ein regelmäßiges Feedback über die Einstellungen, Bedürfnisse und Sorgen der BürgerInnen,
- die Eigenverantwortung der BürgerInnen wird gestärkt, aber auch die Solidarität untereinander, weil jeder auf den Diskussionsforen mit der Lebenswirklichkeit anderer Bevölkerungs- bzw. Interessengruppen konfrontiert wird.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden die Diskussion um einen „BürgerInnenbeteiligungshaushalt“ in den politischen Gremien initiieren und für Dortmund Lösungsvorschläge sowohl für die Bezirksvertretungen als auch für Gesamt-Dortmund erarbeiten.

Lokale Agenda 21

Die Agenda 21 ist nicht mit der Agenda 2010 der Bundesregierung zu verwechseln, die unter diesem Namen ein Programm zur Reform des Arbeitsmarktes, zum Umbau des Sozialstaates und zum wirtschaftlichen Wachstum vorgelegt hat.

Die Agenda 21 ist im Jahr 1992 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 178 Staaten als Tagesordnung für das 21. Jahrhundert verabschiedet worden. Sie beinhaltet einen Aufruf zum Erhalt der Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Wie nötig ein solcher Aufruf ist, haben die seitdem gehäuft auftretenden Umweltphänomene wie Stürme oder Überschwemmungen als Konsequenz einer ausbeuterischen Aneignung der natürlichen Ressourcen mehr als deutlich gemacht. Die Ziele der Agenda 21 beziehen sich jedoch nicht nur auf eine **nachhaltige ökologische Entwicklung**, sondern auch auf **internationale Verteilungsgerechtigkeit** sowie **soziale Ausgewogenheit und wirtschaftliche Tragfähigkeit**.

Die Kommunen sind in diesem Prozess als Katalysator und Motor anzusehen, um eigenverantwortlich Beiträge zur nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten. Zentrales Moment ist die breite Beteiligung von bzw. der Dialog mit BürgerInnen, die bereit sind, sich privat, ehrenamtlich oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit zu engagieren.

Innerhalb der Dortmunder Stadtverwaltung wurde ein Agenda-Büro eingerichtet, um den Agenda-Prozess zu begleiten, Kommunikationsprozesse zu organisieren, Veranstaltungen vorzubereiten und Dokumentationen zu erstellen. Ein Konsultationskreis mit VertreterInnen vielfältiger lokaler Interessengruppen erörtert Konzepte und Projekte, strukturiert den Prozess und bündelt die Ergebnisse aus den Arbeitskreisen, in denen unterschiedliche Themen wie Wohnen, Energie, Bildung oder Wirtschaft jeweils unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit bearbeitet werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben den Agenda-Prozess intensiv begleitet und aktiv in den Arbeitskreisen mitgewirkt.

Darüber hinaus hat die GRÜNE Ratsfraktion die Lokale Agenda immer dann zum Thema in den politischen Gremien gemacht, wenn es darum ging, die Prinzipien der Nachhaltigkeit im politischen Handeln zu verankern.

Für die nächste Wahlperiode halten wir es für eine zentrale Aufgabe, die Lokale Agenda aus der Entwicklungsphase zu führen und ein Verfahren zu beschließen, das eine Bewertung von Projekten im Sinne der Indikatoren und Leitbilder nachhaltiger Entwicklung erlaubt. Einem solchen Bewertungsprozess sollen sich nicht nur private Projekte, sondern auch die Verwaltungseinheiten unterziehen. So könnte nur ein Flächennutzungsplan, der – gemessen an vorhandenen Umweltqualitätszielen – entsprechend viel Freiraum ausweist, mit einem Agenda-Siegel für nachhaltige und ressourcenschonende Stadtentwicklung versehen werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich für den **Erhalt und die Arbeitsfähigkeit der in den letzten Jahren geschaffenen Strukturen** – Agenda-Büro, Konsultationskreis und Arbeitskreise – einsetzen.

Die **Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsprozesse** müssen erweitert werden. Aufbauend auf den Erfahrungen der Beteiligungs-Projekte InSEkt (Integriertes Stadtbezirkentwicklungskonzept) und Flächennutzungsplan, werden wir – wie bereits erwähnt – einen Vorschlag zur schrittweisen Einführung eines BürgerInnenbeteiligungshaushalts in

Dortmund entwickeln. Lokale Agenda-Projekte sind in besonderer Weise dazu geeignet, Interesse an der **Mitgestaltung der Gesellschaft zu wecken und die Eigenverantwortung zu stärken**. Allerdings bedarf es einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit sowie der aktiven Unterstützung der Akteure vor Ort.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Nachhaltigkeit nicht zur Floskel wird. Das setzt unter anderem voraus, dass die Stadt Dortmund konkret und vorbildhaft tätig wird. Über unsere Ratsfraktion und Bezirksvertretungen werden wir entsprechenden Handeln einfordern. Workshops und werbewirksame Veranstaltungen reichen nicht aus, um dem **Leitbild einer auch für zukünftige Generationen lebenswerten Stadt** gerecht zu werden.

2. Emanzipation, Mit- und Selbstbestimmung

Gleichstellung von Frauen und Männern

Begriffe haben sich zwar geändert, nichts jedoch an der nach wie vor bestehenden ungerechten Verteilung von Arbeit und Einkommen zwischen Männern und Frauen.

Das mit GRÜNER Beteiligung auf Landesebene durchgesetzte Landesgleichstellungsgesetz wird auch in der Dortmunder Stadtverwaltung seit 2000 umgesetzt. Wir werden den Frauenförderplan mit dem notwendigen langen Atem und politischen Forderungen engagiert und kritisch weiter begleiten. Mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden qualifizierte Frauen für Neubesetzungen von DezernentInnenpositionen vorrangig behandelt.

Die bei der Wirtschaftsförderung angesiedelte Regionalstelle Frau und Wirtschaft ist für Bündnis 90/DIE GRÜNEN unverzichtbarer Bestandteil einer Gleichstellungspolitik zum **Abbau von Struktur- und Informationsdefiziten** und damit zur Förderung von Chancen für Frauen im Erwerbsleben. Deshalb

werden wir auch in Zukunft auf einer angemessenen kommunalen Co-Finanzierung der Landesförderung einer Dortmunder Regionalstelle bestehen.

Um für Frauen und Männer die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** weiter zu verbessern, wird das Recht auf einen Kindergartenplatz umgesetzt. Zudem ist die Offene Ganztagsgrundschule auf den Weg gebracht. Wir wollen uns als Bündnis 90/DIE GRÜNEN damit nicht zurücklehnen. Stadtteil- und wohnquartierbezogen gilt es einen immer noch bestehenden Fehlbedarf an Kindergartenplätzen abzubauen. Wir bleiben bei unserer Forderung nach einer ausreichenden Zahl von Betreuungsplätzen in Einrichtungen für Kinder unter 3 Jahren, die Anzahl von Tagespflegeangeboten muss endlich wesentlich erhöht werden.

Wir werden auch zukünftig den **Gewaltschutz für Frauen und Mädchen** unterstützen. Bundes- und landespolitisch verabschiedet, wird seit 2002 auch in Dortmund das Gewaltschutzgesetz nach dem Motto „Wer schlägt, fliegt raus“ angewandt. Die Förderung von frauenspezifischen Beratungs- und Zufluchtsangeboten werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch in haushaltsschwierigsten Zeiten sicherstellen.

Homosexuelle Identität schützen & stützen

Menschen nehmen das Selbstbestimmungsrecht nur dann wirklich wahr, wenn sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung weder gesellschaftliche noch berufliche Diskriminierung zu befürchten haben.

Die rot-grüne Bundesregierung hat in der vergangenen Wahlperiode durch die weitgehende **rechtliche Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften** einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Emanzipation von Schwulen und Lesben geleistet.

Auch auf kommunaler Ebene wollen Bündnis 90/DIE GRÜNEN **eine Politik der gesellschaftlichen Emanzipation** für Schwule und Lesben. Wir haben daher in dieser Ratsperiode die Arbeit des Runden Tisches gegen die Diskriminierung von

Schwulen und Lesben aktiv unterstützt und einen kommunalen Handlungskatalog auf den Weg gebracht. Die Unterstützung von Jugendlichen beim Coming-out, die Sichtbarmachung von Schwulen und Lesben beispielsweise in Kulturbereichen und die aktive Antidiskriminierung von Schwulen und Lesben im Bereich der Stadtverwaltung muss Aufgabe kommunaler Politik auch in der nächsten Ratsperiode sein.

Migration: wenn Fremde Freunde werden

Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten für eine Kultur des Respekts vor kulturellen Unterschieden ein. Um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, bedarf es der **Bereitschaft zur Integration** sowohl von Zugewanderten als auch seitens der Mehrheitsgesellschaft. Die Kommune kann das Zusammenleben und gegenseitige Respektieren durch verschiedene Maßnahmen unterstützen:

- Förderung von Mehrsprachigkeit in Kindergärten und Schulen
Tatsache ist, dass die große Mehrheit der Zugewanderten nur die Hauptschule absolviert. SonderschülerInnen gibt es doppelt so viele wie AbiturientInnen. Sprachbarrieren sind hierfür ein wesentlicher Grund. Daher müssen Anstrengungen für einen **besseren Spracherwerb** bei Kindern von MigrantInnen verstärkt werden. Dieser muss die sichere Beherrschung der Muttersprache und der deutschen Sprache umfassen und für Zugewanderte aus allen Ländern gelten. Die Sprachbeherrschung ist gleichzeitig wesentliche Voraussetzung für ein Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft.
- Verbesserung kommunaler Mitbestimmungsmöglichkeiten für MigrantInnen

Wir treten für eine verbesserte Mitbestimmung der MigrantInnen ein. Die Belange von ausländischen Menschen müssen öffentlich wahrgenommen werden, um den Integrationsprozess auf beiden Seiten zu fördern, die Akzeptanz für kulturelle Unterschiede zu erhöhen und Vorurteile zu beseitigen. Ein **Integrationsausschuss** könnte in dieser Hinsicht eine Alternative

zum traditionellen AusländerInnenbeirat sein.

- MigrantInnen als UnternehmerInnen

Zugewanderte müssen stärker als bisher als Wirtschaftsfaktor anerkannt werden. So erwirtschafteten im Jahr 2000 11.000 türkische Selbständige im Ruhrgebiet 5 Mrd.€ Jahresumsatz, investierten 2,1 Mrd.€ in der Region und gaben 48.000 Menschen eine Beschäftigung. Sie sind weder aus dem Einzelhandel noch aus dem Dienstleistungssektor und der Gastronomie noch aus Bereichen des Handwerks, des verarbeitenden und Baugewerbes wegzudenken. Auch Deutsche nehmen die nah-räumliche Versorgung mit Lebensmitteln des Alltags gerne in Anspruch. Oftmals ist der türkische Einzelhandel an die Stelle ehemaliger Tante-Emma-Läden getreten.

Diese Ansätze müssen konsequent gefördert werden. Der Aufbau und die begleitende Unterstützung von Unternehmen und InvestorInnen (in der Stadt und aus dem Herkunftsland) verbessert nicht nur das Dienstleistungsangebot, sondern bindet auch Kaufkraft und schafft Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Weitere Aufgabenfelder:

- Ausländische Jugendliche haben in der Regel schlechtere Schulabschlüsse und schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Hier müssen die Anstrengungen verstärkt werden, Jugendliche zu erreichen, sie weiter zu qualifizieren und ihnen eine Perspektive zu bieten.
- Im gesundheitlichen Bereich bedarf es einer sensiblen Betreuung von MigrantInnen bzgl. der Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Erwachsene.
- Der Bedarf an Pflegedienstleistungen und Altenheimplätzen muss ermittelt und in die Planungen mit aufgenommen werden.

Interkulturelle Stadtentwicklung

Interkulturelle Stadtentwicklung sieht in Dortmund wie insgesamt im Ruhrgebiet so aus, dass MigrantInnen, angewiesen auf preisgünstigen Wohnraum, konzentriert in Stadtteilen wohnen,

in denen dieser Wohnraum zur Verfügung steht. Der Zugang zum allgemeinen Wohnungsmarkt ist eher behindert.

Von daher begrüßen wir ausdrücklich das **Wohnprojekt Grimmelsiepen**, das von der CDU in unverantwortlicher Weise diskreditiert wird. Sämtliche Vorurteile gegenüber türkischen Gemeinden werden blind reproduziert, ohne das Integrationsbemühen der äußerst fortschrittlichen und weltoffenen Projektbetreiber anzuerkennen. Das Projekt besteht aus den Teilbereichen „Türkisches Gemeindezentrum“ und „Wohnpark Grimmelsiepen“. Weitere Bestandteile sind Einheiten für betreutes Wohnen. Den InitiatorInnen wie auch den PlanerInnen ist daran gelegen, dass nicht nur türkische bzw. muslimische Familien Häuser erwerben. Im Gegenteil: Die Grundstücke werden ausdrücklich auch Menschen nicht-türkischer Herkunft angeboten, um ein ausgewogenes Wohnumfeld zu erreichen.

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die positiven Potenziale, die Zugewanderte einbringen, stärker gewürdigt werden müssen. Das kann nur unter Einbeziehung alteingesessener wie neuer (z.B. russischer) Zuwanderer gelingen.

Die Identität des gesamten Ruhrgebiets ist seit jeher durch Zuwanderung geprägt. Dieser Tradition weiter verpflichtet sein, kann auch unter dem **Gesichtspunkt einer zunehmenden Globalisierung** einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor der Zukunft darstellen.

Zusätzlich ist die Integrationspolitik durch eine **aktive Antidiskriminierungsgesetzgebung** zu flankieren. Dies bedeutet auch, das Wahlrecht in den Kommunen und Ländern auf nationaler und europäischer Ebene einzuführen. Der europäische Einigungsprozess stellt die Frage nach den bei uns lebenden MigrantInnen und Flüchtlingen neu. Wir befürworten eine „europäische BürgerInnenschaft“, die politische Mitwirkungsrechte für alle EinwohnerInnen der Europäischen Union garantiert.

3. Für Menschenrechte und Gewaltfreiheit

Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben sich schon immer und überall neofaschistischen und rassistischen Tendenzen entgegengestellt und sind für Bürgerrechte eingetreten. In Dortmund haben wir uns besonders aktiv an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beteiligt.

Seit Jahren rufen Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu **öffentlichen Kundgebungen** gegen rechtsextreme Propaganda und Gewalt auf. Nach der rechtswidrigen Einkesselung und Einschüchterung hunderter antifaschistischer DemonstrantInnen durch die Polizei haben wir als einzige Partei die Notgemeinschaft der Kesselopfer politisch und materiell unterstützt. Wir werden auch weiter das **Demonstrationsrecht gegen Übergriffe verteidigen** und die Polizei beobachten.

Im Initiativkreis anlässlich der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ ist es zu einem wirklich **breiten antifaschistischen Bündnis** in Dortmund gekommen. Von SPD, DGB und Bündnis 90/DIE GRÜNEN über die evangelische und katholische Kirche bis hin zum Jugendring und Wissenschaftlern der Universität Dortmund ist die Ausstellung in einjähriger solidarischer Arbeit zum Erfolg geführt worden. Die Neonazis müssen mit Widerstand rechnen, wenn sie in Dortmund auftreten.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden auch in Zukunft mit denen zusammenarbeiten, die für die Absicherung eines **freiheitlichen und widerstandsbereiten Rechtsstaates und für eine offene, demokratische Gesellschaft** eintreten.

Präventions- und Hilfsangebote erweitern

Bündnis 90/DIE GRÜNEN halten nichts davon, Ordnung und Sicherheit als Schwerpunktthema des Kommunalwahlkampfs aufzubauen – dafür ist das Thema viel zu sensibel und nutzt allenfalls den undemokratischen Parteien.

Die derzeitige Sicherheitspolitik in Dortmund dokumentiert eindrucksvoll die Hilflosigkeit der beiden großen Parteien bei

diesem Thema. Der Aufgabenschwerpunkt der Präsenzdienste wie auch der Ordnungspartnerschaften scheint statt in der Kriminalprävention eher in der Vertreibung „unansehnlicher“ Personen (z.B. Punker, Obdachlose, Drogensüchtige und AlkoholikerInnen) aus der City in die umgebende Innenstadt und die Vororte zu sein.

Eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung, die auch positiv zum Sicherheitsgefühl der Menschen beiträgt, muss an den Ursachen ansetzen.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die zunehmende Zahl Dortmunder Menschen, die an oder unterhalb der Armutsgrenze leben, ist nicht nur Ursache von Straßenkriminalität, sondern auch von Drogensucht und Straßenprostitution mit den bekannten Folgeerscheinungen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb eine **enge Verzahnung von Polizei- und Sozialarbeit**, insbesondere in sozialen Brennpunkten.

Wir sind bereit, an innovativen Konzepten mitzuarbeiten, die den BürgerInnen die Arbeit der Polizei näherbringen und die bereits jetzt schon in anderen Städten erfolgreich umgesetzt werden, z.B.:

- die Einrichtung einer gemeinsamen Anlaufstelle mitten in Problemgebieten, in der Polizei, Ordnungsamt und StreetworkerInnen ihre Arbeit koordinieren und für AnwohnerInnen erreichbar sind,
- die Förderung der Nachbarschaftsarbeit in den Quartieren, begleitet durch eine bessere personelle Ausstattung von QuartiersmanagerInnen (bei freien Trägern) und Kontaktbereichsbeamten (bei der Polizei), wie sie bereits in der Nordstadt angelaufen sind,
- eine intensivere Jugend- und Sozialarbeit in Schulen sowie auf Straßen und Plätzen. Dazu ist eine Ausweitung des Einsatzes von Jugendkontaktbeamten dringend erforderlich,
- eine Verbesserung des partnerschaftlich orientierten Freizeitangebots für jugendliche MigrantInnen.

Um diese Ziele zu erreichen, muss auch einem weiteren Personalabbau bei der Dortmunder Polizei eine Absage erteilt werden.

Unser Team für den Rat der Stadt Dortmund



Birgit Unger, Jürgen Brunsing, Jürgen Kuhlmann, Ingrid Reuter, Manuela Meyer, Petra Kesper, Daniela Schneckenburger, Heide Kröger-Brenner, Birgit Pohlmann-Rohr, Christiane Ullmann, Wolfram Frebel, Mario Krüger (v.l.n.r.)

Unsere KandidatInnen für den Rat der Stadt Dortmund:

1. Daniela Schneckenburger, 43 Jahre, Lehrerin
2. Mario Krüger, 47 Jahre, Ingenieur
3. Birgit Unger, 48 Jahre, Geschäftsführerin
4. Wolfram Frebel, 47 Jahre, Polizeibeamter
5. Ingrid Reuter, 47 Jahre, freie Fachjournalistin
6. Jürgen Brunsing, 45 Jahre, Ingenieur
7. Heide Kröger-Brenner, 48 Jahre, Lehrerin
8. Jürgen Kuhlmann, 42 Jahre, Chemiker
9. Birgit Pohlmann-Rohr, 46 Jahre, Architektin
10. Martin Tönnies, 45 Jahre, Ingenieur
11. Barbara Blotenberg, 44 Jahre, Hausfrau
12. Benjamin Beckmann, 24 Jahre, Student
13. Helga Hilbert-Zamfirescu, 49 Jahre, Hausfrau
14. Manfred Krüger-Sandkamp, 50 Jahre, Journalist
15. Gisela Sichelschmidt, 42 Jahre, Dipl.-Ing. Raumplanung

16. Ulrich Langhorst, 36 Jahre, Wirtschaftsberater
17. Ursula Hawighorst-Rüßler, 46 Jahre, Dipl.-Sozialpädagogin
18. Gottfried Perz, 47 Jahre, Dipl.-Betriebswirt
19. Heike Aßmann, 43 Jahre, Grafikredakteurin
20. Guido Müller, 38 Jahre, Dipl.-Geograph
21. Brunhilde Larm, 50 Jahre, Sozialpädagogin
22. Wilfried Rupflin, 54 Jahre, Lehrer
23. Petra Kesper, 48 Jahre, Geschäftsführerin
24. Friedhelm Goersmeyer, 46 Jahre, Hausmann
25. Rita-Maria Schwalgin, 52 Jahre, freie Texterin
26. Michael Hartmann, 35 Jahre, Masseur u. med. Bademeister
27. Ute Lehmann, 40 Jahre, Verwaltungsangestellte
28. Michael Severin, 48 Jahre, Softwareentwickler
29. Alexandra Evers, 40 Jahre, Verkäuferin
30. Hans-Georg Schwinn, 42 Jahre, Informatiker
31. Stefanie Nagler, 22 Jahre, Renogehilfin
32. Ulrich Begemann, 49 Jahre, Programmierer
- 33.
34. Vlado Plaga, 24 Jahre, Student
- 35.
36. Manfred Jockheck, 55 Jahre, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- 37.
38. Karl-Heinz Deyer, 45 Jahre, Polizeibeamter

So können Sie uns erreichen:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Dortmund

Ruhrallee 44

44139 Dortmund

Tel.: 0231 / 12 11 71

Fax: 0231 / 12 11 64

E-Mail: kv.dortmund@gruene.de

Internet: www.gruene-dortmund.de

Kreisgeschäftsführerin:

Martina Müller

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1

44122 Dortmund

Tel.: 0231 / 50 22 078

Fax: 0231 / 50 22 094

E-Mail: fraktion@gruene-
dortmund.de

Internet: www.gruene-dortmund.de

Ansprechpartnerinnen im Büro:

Manuela Meyer

Petra Kesper

Christiane Ullmann

Grüne Jugend Dortmund

Ruhrallee 44

44139 Dortmund

Tel.: 0231 / 13 88 123

(Benno Beckmann)

E-Mail: weltall@gmx.de

Internet: www.gruene-dortmund.de

Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor Ort ...

... in Aplerbeck

Barbara Blotenberg, Tel.: 45 69 93

Walther Heuner, Tel.: 44 39 48

... in Brackel

Ulrich Begemann, Tel.: 27 92 41

... in Eving

Gisela Sichelschmidt, Tel.: 98 02 135

... in Hörde

Michael Severin, Tel.: 41 33 43

... in Hombruch

Eduard Fitzen, Tel.: 75 67 81

Michael Hartmann, Tel.: 72 75 372

... in Huckarde

Ursula Hawighorst-Rüßler, Tel.: 39 38 20

... in Innenstadt-Nord

Hans-Georg Schwinn, Tel.: 82 36 18

... in Innenstadt-Ost

Ingrid Reuter, Tel.: 52 48 31

... in Innenstadt-West

Manfred Krüger-Sandkamp, Tel.: 10 33 58

... in Lütgendortmund

Dr. Frank Gillmeister, Tel.: 79 50 465

... in Mengede

Rita-Maria Schwalgin, Tel.: 35 13 71

... in Scharnhorst

Wolfram Frebel, Tel.: 0179 / 43 95 683